

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
1000 bei Erfurter Kongreß	3
Revision im Halim-Dener-Prozeß	4
Polnischer Sozialrat gegen Stimmungsmache	5
Kinkel in Prag: Keine Entschädigung	5
Europäische Demonstration in Luxemburg	6
Minderheitenforum: Kritische Bestandsaufnahme	6
Noch schlechteres Staatsbürgerschaftsrecht	7
Die Hauptstadt kriegt eine Schutztruppe	7

Auslandsberichterstattung

Frankreich: Beschäftigungsgipfel ..	8
Italien: Streit um Maastricht-Kurs	9
Braucht Österreich die Nato?	10
USA: Bayer muß zahlen	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	12
Stuttgart: Demo am 3. Oktober ..	13
Nürnberg: Solidaritätsveranstaltung für Mumia Abu-Jamal ..	14
Köln/Berlin: 150 Jahre Siemens ..	14
Hamburg: Verbote gegen Studierende aus dem Ausland ...	15
Thüringen: Dewes' Polizei schafft Chaos	16
<i>O-Ton</i>	16
<i>Kommunale Politik</i>	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	18
Nachtrag Altersteilzeit	19
Freudenberg-Konzern: Erpressung geglückt	19
Jugendzukunftskongreß der IG Metall	20

Diskussion und Dokumentation

PDS: Zum Streit wg. Kandidatur in Niedersachsen	22
Innenansichten des PDS-Vorwahlkampfes	23
SPD-Linke: Erklärung zur Wirtschaftspolitik der SPD ..	25

Letzte Seiten

Robert B. Reich: Der neue Reichtum	26
Wal Buchberg: Kurze Geschichte der Sowjetwirtschaft	27

Termine	28
----------------------	----

IN BONN GEGEN AFRIKA-

EINSÄTZE: Die Bundeswehr übt Afrika-Interventionen. Darauf haben am 3. Oktober Abgeordnete der Grünen aufmerksam gemacht und die sofortige Einstellung solcher Übungen gefordert. Anlässlich einer deutsch-französischen Militärausbildung in Gabun erklärten die Abgeordneten Winfried Nachtwei und Dr. Uschi Eid: „Die Einzelkämpfer-Ausbildung von 24 Bundeswehrsoldaten der deutsch-französischen Brigade in Gabun zeigt einmal mehr, daß die Bundeswehr im Rahmen ihrer künftigen Einsatzoptionen sich auf weit andere Absichten einstellt, als Verteidigungsminister Volker Rühe dem Bundestag und der Öffentlichkeit glauben machen will. Die Behauptung, daß sich die Bundeswehr – im Gegensatz zu Frankreich – nicht für weltweite Interventionseinsätze vorbereite, sondern auch geographisch eindeutig auf Krisenregionen im nahen Ausland beschränke, wird damit Lügen gestraft. Der jetzige Ausbildungsbeginn ist Teil des von Rühe forcierten Ausbaus militärischer Kontakte mit afrikanischen Staaten und ein deutliches Signal, daß die Bundeswehr zunehmend Bestandteil einer in Veränderung begriffenen deutschen Afrikapolitik wird. Mit der Ausbildung in Gabun begibt sich die Bundesregierung in das leidvolle Traditionsumfeld postkolonialer französischer Militärpolitik. Während sich jedoch Frankreich militärisch weiter aus Afrika zurückzieht, betreibt die Bundesrepublik mit der Aufstellung der Krisenreaktionskräfte, dem Kommando Spezialkräfte und dem zunehmenden militärischen Engagement in Afrika die entgegengesetzte Entwicklung. Wir lehnen diese Entwicklung vehement ab. Wir fordern die Bundesregierung auf, das zweiwöchige Ausbildungsvorhaben sofort zu stoppen.“

EUROPOL-KONVENTION: In einer letzten Erklärung vor der Billigung der Europol-Konvention durch die Regierungsmehrheit (bei Enthaltung der SPD) im Bundestag am 10. Oktober faßten bündnisgrüne Europa- und Bundestagsabgeordnete wie Claudia Roth und Manfred Such noch einmal ihre Gegnerschaft gegen die Konvention zusammen. Sie erklärten u.a.: „Mit der Europol-Konvention kaufen die Parlamentarier die Katze im Sack. Denn die Umsetzung der Konvention wird im wesentlichen durch die Durchführungsbestimmungen bestimmt – und die liegen den Abgeordneten noch nicht einmal alle in ihrer endgültigen Form vor. Diese Durchführungsbestimmungen regeln u.a. die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, die Immunität der Europol-Beamten und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten außerhalb der EU.“

... Die Europol-Konvention ist ein Beispiel für die zunehmende Entdemokratisierung der EU. Die Konvention sieht weder eine wirksame organisatorische, par-

lamentarische, gerichtliche oder datenschutzrechtliche Kontrolle vor. Europol ist frei von Kontrolle sowohl durch die nationalen Regierungen wie auch durch die EU-Kommission ... Auch der Deutsche Richterbund, die Konferenz der Datenschutzbeauftragten, Bürgerrechtsorganisationen und Polizeipraktiker haben grundsätzliche Kritik an der Konvention geübt. Voraussetzung für den Aufbau einer Europäischen Polizei wäre ein einheitlicher Rechtsraum, insbesondere die Vereinheitlichung der Strafgerichtsbarkeit in der EU. Solange dies nicht geschieht, sollte die Zusammenarbeit im grenznahen Raum verbessert und effektiviert werden. Eine Koordination der Polizei könnte ähnlich strukturiert sein wie in der föderalen Bundesrepublik. Neben Interpol ist eine zweite überstaatliche Polizeibehörde überflüssig.“

610 DM-JOBS WEG: Der SPD-Parteivorsitzende Lafontaine hat angekündigt, bei einem Regierungswechsel werde eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die 610-DM-Jobs abschaffen. Statt dessen wolle die SPD sozialversicherte Teilzeitjobs fördern. Zugleich schlug Lafontaine vor, Beschäftigte, die weniger als 20 Stunden pro Woche arbeiten, von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung zu befreien. Die PDS-Fraktionen in den Bundesländern und die PDS-Gruppe im Bundestag forderten in einer gemeinsamen Erklärung, Beschäftigungen ab der ersten Stunde sozial zu versichern

AUSLÄNDERHETZE: Angeblich zur Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes wollen CDU- und CSU-Politiker die (Saison)-Beschäftigung von Nicht-EU-Ausländern einschränken. Tatsächlich öffnen sie damit nur weiterer Ausländerhetze Tür und Tor. Die praktische Maßnahme, auf die sich die Unionsexperten in Bonn verständigten, soll so aussehen, daß durch Verordnung des Bundesarbeitsministeriums für Nicht-EU-Ausländer nur noch 180 000 statt bisher 200 000 Saisonarbeitsverträge pro Jahr genehmigt werden. Also 20 000 Verträge weniger – bei offiziell 4,3 Millionen registrierten Arbeitslosen eine Tat, die die Arbeitslosigkeit um 0,0005 Prozent senken würde!

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 30. Oktober berät der Bundestag über mehrere Gesetzentwürfe zur Reform des Hochschulrahmengesetzes, über den kommenden „Europäischen Beschäftigungsgipfel“ in Luxemburg, über die (von den Regierungsparteien blockierte) Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, über Städtebau und Wohnungslosigkeit, über die Lage in Algerien, die Mittelmeerpolitik der EU, die Lage der Kosovo-Albaner. Am 3. November sind die nächsten Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst. Am 11. November kommt die nächste Steuerschätzung.

1 000 beim Erfurt Kongreß

Gegen Arbeitslosigkeit und Armut, für mehr Demokratie

Immer noch wird der Tag der Einheit in Un-Einheit begangen. Am 3. Oktober war Erfurt erneut der Ort der Störenfriede, die sich versammelten, um ihre Stimme gegen die beunruhigenden Entwicklungen in Deutschland zu erheben.

In einer einstimmig verabschiedeten Schlußerklärung erheben sie die Forderung nach einer neuen und gerechten Verteilung der Arbeit, einer sozialen und ökologischen Steuerreform und nach Bekämpfung der Armut. Probst Heine Falcke, auch zu DDR-Zeiten bürgerbewegt, sagte in der Erfurter Augustinerkirche, in der sich mehr als 1000 Teilnehmer versammelt hatten: „Die Fundamente unseres Zusammenlebens stehen auf dem Spiel ... Fundamente, die den Umbau unserer Industriegesellschaft und des Hauses Europa tragen können. Diese Fundamente sind in Gefahr. Das ist

der Erfurter Warnruf.“ Zusammen gekommen waren Erstunterzeichner der Erfurter Erklärung vom Januar 1997, Vertreter von Gewerkschaften, Friedensgruppen, Theologen, Wissenschaftler und Intellektuelle, Vertreter politischer Vereinigungen aus Ost und West. Den Aufrufen geht es um die Änderung der Politik in Deutschland durch eine breite gesellschaftliche Oppositionsbewegung, einer Politik, die, von neoliberalen Denken bestimmt, immer mehr zum Wachstum der Armut und der Konzentration des Reichtums beiträgt. Was in Ostdeutschland geschieht, ist nur Ausdruck brutaler Um-

verteilungspolitik zugunsten der Besitzenden. Was dort ungeschminkt wahrnehmbar ist, betrifft die gesamte Bundesrepublik: Ungehemmt schafft das Kapital sich seine neuen Spielräume, die für die Massen Arbeitslosigkeit, Verarmung und Ausgrenzung bedeuten.

Deshalb vertritt Erfurt ein Anliegen, was in Ost und West gleichermaßen wahrgenommen wird. Dr. Rudolf Hickel, Professor an der Universität Bremen und einer der Erstunterzeichner der „Erfurter Erklärung“, dazu: „Die Erklärung ist ein Versuch, auf Politik wieder Einfluß zu nehmen, vielleicht auch ein Stück intel-



Am Pult in Erfurt: Altprobst Heino Falcke

„AUS DER ZUSCHAUERDEMOKRATIE HERAUSTRETEN! MUT FÜR EINE ANDERE POLITIK!“

Der nachfolgende Appell der Erfurter Versammlung wurde am 4. Oktober einstimmig verabschiedet. Für ihn soll jetzt weitere Unterstützung gesammelt werden – auf Gewerkschaftskonferenzen, örtlichen Veranstaltungen usw. (Red.)

Am 9. Januar 1997 haben sich von Erfurt aus GewerkschafterInnen, Intellektuelle, Theologinnen und Theologen und Politikerinnen an die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland gewandt. Aus Verantwortung für die soziale Demokratie kritisierten Sie die regierende Politik in unserem formal vereinigten Land, forderten eine gerechte Verteilung der Einkommen und Güter, eine andere Politik, eine andere Regierung und eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will. Zehntausende haben sich seither mit ihrer Unterschrift zum Anliegen der Erfurter Erklärung bekannt ... Dies bestärkt uns in unserer Haltung, noch lauter als bisher zu sagen:

Wir brauchen und wir wollen eine andere Politik! Deshalb wollen wir eine andere Regierung!

Unsere Geduld ist am Ende. Wir nehmen die regierende Politik nicht länger hin. Sie hat nichts hervorgebracht als gnadenlose Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß und Hoffnungslosigkeit. Millionen Arbeitslose und die Demontage der Sozialversicherungssysteme sind die Bilanz nach 15 Jahren neoliberaler Politik der Kohlregierung. Gewonnen haben nur die Einfluß-Reichen. Diese Politik ist nicht in der Lage, auch nur ein einziges Problem wirklich zu lösen.

Wir brauchen eine grundlegend andere Po-

litik. Also brauchen wir eine andere Regierung. Das geschieht nicht von selbst. Ein Kabinett ohne Kohl ist dafür noch keine Garantie. Wer sie will, muß aus der Zuschauerdemokratie heraustreten. Wir wollen unsere Interessen nicht länger an die Parteien delegieren.

Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung. Eine Bewegung, die deutlich macht: Soziale Gerechtigkeit und Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen sind keine Utopien. Aber sie müssen gewollt und erkämpft werden, und zwar gegen die regierende Politik, die uns vorgaukelt, es gäbe keine Alternativen, weil überall der „Sachzwang“ herrsche.

Mut für eine andere Politik das heißt:

• *Neue und gerechte Verteilung der Arbeit.* Neue Arbeit muß geschaffen werden: Arbeit, die auf gesellschaftlichen Nutzen und ökologische Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Wir brauchen einen neuen Typ der Vollbeschäftigung für Frauen und Männer unabhängig von ihrer Nationalität. Dafür brauchen wir umfassende Arbeitszeitverkürzungen bei angemessenem Lohnausgleich. Wir wissen, dieser Wandel ist selbst ohne Wachstum möglich, man muß ihn nur wollen. • *Soziale und ökologische Steuerreform und Bekämpfung der Armut.* Wir fordern eine Steuerpolitik, die sozialen Ausgleich, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit realisiert. Dazu bedarf es einer neuen Politik, die auf europäischer und gleichzeitig auf globaler Ebene gegen Steuerflucht des Kapitals und gegenseitiges Steuerdumping der Regierungen kämpft. Das Prinzip der Solidarität im Sozialsystem muß gestärkt und eine bedarfsorientierte soziale Sicherung eingeführt werden. • *Demokratie und Bildung in einer zivilen Gesellschaft der Völker.* Wir brauchen eine Zivilgesellschaft der Toleranz und Vielfalt, in der Demokratie gleichbe-

rechtigt gelebt werden kann und die Würde des Menschen Wirklichkeit wird. Dies ist nur zu realisieren durch ein soziales Europa, daß die Teilhabe an Demokratie auch über gleiche Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle sichert. • *Sozialökologische und friedenspolitische Steuerung der Weltwirtschaft neu gewinnen.* Die Globalisierung der Finanzmärkte, Konzerne und Medien hat die nationalstaatlichen Instrumente der Zins-, Währungs- und Haushaltspolitik untergraben. Gleichzeitig wird aus der Bundeswehr eine offensive Truppe zum Schutz wirtschaftlicher Interessen gemacht. Wir brauchen eine Politik, die in den internationalen Institutionen sozialökologische und friedenspolitische Rahmenbedingungen erkämpft.

Mischen wir uns ein! Wir brauchen einen gesellschaftlichen Aufbruch. Mit allen, die sagen: „Bis hierher und nicht weiter!“

Grundlegendes muß sich verändern. Wer soll das tun, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt. Beginnen wir zu handeln. Bündeln wir unsere Kräfte, um uns im Bundestagswahlkampf und darüber hinaus Gehör zu verschaffen. Fordern wir von den Oppositionsparteien Alternativen zur jetzigen Regierungspolitik ein. Tragen wir unsere Forderungen in die Öffentlichkeit. Gewinnen wir eine Mehrheit für eine neue zentrale Politik. Das ist der richtige Weg.

Für 1998 rufen wir zu vielen bundesweiten Aktionen auf und schlagen im Juni eine zentrale Demonstration in Bonn vor: „Bis hierher und nicht weiter! Mut für eine neue Politik.“

Um allen, die sich daran beteiligen wollen, die Möglichkeit zu geben, sich in die Vorbereitung dieser Aktionen einzubringen, laden wir im Februar 1998 zu einem bundesweiten „Ratschlag“ nach Bochum ein.

Erfurter Kongreß tagte ...

lektueller Warnerei gegen die Micky-Maus-Gesellschaft, die sich zu entwickeln droht.“

Außerparlamentarisch wirken, gegen die verkrusteten Parteienstrukturen und Politik zugunsten der Reichen angehen, das ist der Sinn der Erfurter, die hoffen, daß ihr Aufbruch gelungen ist und sich in Ost und West eine breite Basis schaffen kann. 43 000 Unterschriften sind bisher unter den Aufruf von Jahresanfang eingegangen.

Der nächste Schritt soll ein großer „Ratschlag“ sein, der im Februar 1998 in Bochum abgehalten werden soll und bis zu dem weitere Beschlüsse unter den Aufruf insbesondere in den Gewerkschaften gesammelt werden sollen. Ist die Mobilisierung für diesen „Ratschlag“ ermutigend, soll sogar eine bundesweite Demonstration im Sommer 1998 folgen.

Erfurt ist nicht nur eine Warnung, es ist vor allem die Suche nach Alternativen zur gegenwärtigen Politik und zur gegenwärtigen Regierung. Das scheint auch in Bonner Regierungskreisen angekommen zu sein, denn die Reaktionen auf die Erfurter Erklärung waren entsprechend. Wenn Bundeskanzler Kohl Erstunterzeichner „Haßprediger, die sich in Erfurt zusammenrotten“, nennt, wenn Schäuble sie als „Gegenveranstaltung zum Tag der Einheit“, als „Aufruf zu einer Volksfront“, bezeichnet, wird deutlich, daß die Erklärung den Nagel auf den Kopf getroffen hat.

Von Rechts wegen ist nichts anderes zu erwarten als offener Antikommunismus, der alle Beteiligten in die Ecke unbelehrbarer Altlinker und Anhänger der PDS stellen möchte. Schäuble fordert die PDS auf, sich von der Erklärung zu distanzieren. Das deshalb, weil Wolfgang Thierse an der Podiumsdiskussion in Erfurt teilnahm?

Thierse hatte allerdings in Erfurt viel mehr als Abgrenzung zur PDS nicht anzubieten. Auch Jürgen Trittin, Vorstandssprecher von Bündnis 90/Die Grünen, hatte nichts anderes parat, als zu fordern, keine Zusammenarbeit mit der PDS im Interesse eines Rot-Grünen Wahlsieges zuzulassen.

Allerdings ist festzustellen, daß diese Versuche, Einfluß auf die Versammelten zu nehmen, scheiterten. Friedrich Schorlemmer, Probst Falcke und andere wandten sich gegen eine neue Instrumentalisierung durch Parteien und Politiker. Trittin erntete Protest aus den eigenen Reihen, weil die Basis eine Öffnung zur PDS keinesfalls als verderblich betrachtete.

Alle Kräfte, die zur Veränderung bereit sind, sollen eingeschlossen werden, gehören zur Erfurter Erklärung.

Die Zeit ist reif, „öde Koalitionsfragen“ – wie Schorlemmer es bezeichnete – zu überspringen und alle Kräfte gegen die Bonner Politik zu bündeln. *abe*

Polizei will noch nicht einmal Schmerzensgeld zahlen

Revision im Halim-Dener-Prozeß

Am 7.10. haben die Anwälte der Eltern und Geschwistern des am 1.7.94 in Hannover von einem SEK-Beamten beim Plakatekleben erschossenen kurdischen Jugendlichen Halim Dener Revision gegen den vom Landgericht Hannover verkündeten Freispruch für den Beamten eingelegt. Hier ihre Erklärung.

Als Vertreter der Nebenkläger haben wir nach eingehender Prüfung des 78seitigen Urteils des Landgerichts Hannover, mit dem der SEK-Polizist Klaus T. freigesprochen worden war, die Revision begründet. Wir haben beantragt, das Urteil aufzuheben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an eine andere Strafkammer des Landgerichts zurückzuverweisen. Hierüber muß nun der Bundesgerichtshof entscheiden.

In der Revisionsbegründung rügen wir die Verletzung formellen und materiellen Rechts:

- Das Urteil ist aufgrund einer Hauptverhandlung ergangen, bei der die Vorschriften über die Öffentlichkeit des Verfahrens verletzt worden sind. Das Gericht hat sich den polizeilich diktierten Sicherheitsbedingungen unterworfen und selbst die strengen sicherheitspolizeilichen Anordnungen trotz Rüge durch die Nebenklägervertreter nicht behoben. Durch das massive Polizeiaufgebot, die weiträumige Absperrung des Gerichts, die Durchsuchung der Prozeßbesucher und die Ablichtung ihrer Ausweise, die Duldung einer Vielzahl von bewaffneten Polizeibeamten im Gerichtssaal – darunter sogar eines Vorgesetzten als Zeugen! – ist die Öffentlichkeit beeinträchtigt worden. Das Gericht glich eher einer Polizeifestung denn einem zivilen Ort, an dem der Rechtsfrieden wiederhergestellt werden sollte.

Die gesamten Sicherheitsmaßnahmen waren, wie der ganze Verlauf der Hauptverhandlung bewiesen hat, überzogen und nicht gerechtfertigt. Sie stellen daher eine unerlaubte und willkürliche Beschränkung der Öffentlichkeit dar. Dadurch wurden potentielle Zuhörerinnen und Zuhörer abgeschreckt, insbesondere Kurdinnen und Kurden.

- Das Gericht hat in Übereinstimmung mit dem Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Borchers, den Freispruch damit begründet, der Schuß aus der Waffe stelle zwar objektiv eine Sorgfaltspflichtverletzung und damit eine fahrlässige Tötung dar, dies sei dem SEK-Polizeibeamten jedoch subjektiv nicht vorzuwerfen, da er in der komplizierten Situation einfach „überfordert“ gewesen sei. Hierbei hat sich das Gericht im wesentlichen auf ein „sensorisches Gutachten“ eines Bremer Professors gestützt, der von der SEK-Führung ins Spiel gebracht worden war,

wo er seit längerem Vorträge über „Streßbewältigung“ hält. Die Ablehnung unserer weitergehenden Beweisanträge, insbesondere auf Hinzuziehung psychologischer Gutachter, zur Durchführung einer Ortsbesichtigung, Einführung des Polizeifunksprechverkehrs u.a. waren – so unsere Revisionsbegründung – rechtsfehlerhaft.

- Darüber hinaus hat das Gericht seine Aufklärungspflicht verletzt, weil es die näheren Umstände des Todesschusses aus nächster Nähe und die anschließenden mysteriösen Begleitumstände, unter denen der beschuldigte SEK-Beamte stundenlang abgeschirmt wurde, die Gelegenheit erhielt, mit seinem Vorgesetzten zu sprechen, seine Hände zu waschen usw. nicht aufzuklären vermochte.

- Die dem Urteil zugrundeliegende Beweiswürdigung ist in wesentlichen Punkten rechtsfehlerhaft und beruft zum Teil auf unrichtiger Wiedergabe von Zeugenaussagen.

Nicht einmal Schadensersatzansprüche für die Eltern von Halim Dener?

Im Auftrag der Eltern von Halim Dener haben wir den Beamten Klaus T. und das Land Niedersachsen auf Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüche wegen des polizeilichen Todesschusses in Anspruch genommen.

Zunächst wurde die Antwort unter Hinweis auf das noch nicht vorliegende Urteil hinausgezögert, jetzt teilte die Polizeidirektion Hannover mit, daß sie aufgrund bisheriger Erkenntnisse alle Ansprüche ablehne: Nach dem Urteil des Landgerichts habe sich der Schuß ohne zurechenbares Verschulden durch die ungewollte Betätigung des Abzugs der Waffe im Verlaufe eines Befreiungsversuchs Halim Deners gelöst; für das „Gerangel“, in dessen Verlauf sich der Schuß gelöst habe, sei der Getötete allein verantwortlich gewesen, „weil er sich durch Flucht der Festnahme entziehen wollte“.

Hierzu stellen wir fest:

So wird das Opfer von der Polizeidirektion posthum zum Täter gemacht, um auch noch die berechtigten Ansprüche der leidgeprüften Eltern abzuwehren. Tatsache ist aber: Halim Dener wurde aus der Waffe eines niedersächsischen SEK-Polizisten erschossen – dafür muß das Land Niedersachsen aufkommen. Die Auffassung der Polizeidirektion in dieser Angelegenheit darf nicht das letzte Wort sein. Wir haben die Polizeidirektion daher noch einmal zur Überprüfung ihres Rechtsstandpunktes aufgefordert und gerichtliche Schritte für den Fall angekündigt, daß es bei der Ablehnung bleibt.

Bremen, den 7. Oktober 1997
Dr. Rolf Gössner, H.-Eberhard Schultz



Landarbeiterin in Polen

Polnischer Sozialrat gegen Unionspläne gegen ausländische Saisonarbeiter

„Stimmungsmache und Politiksimulation“

Der Vorsitzende des Polnischen Sozialrats in Berlin, Witold Kaminski, bezeichnete am Montag, den 29. September, den geplanten Maßnahmenkatalog des Bundesarbeitsministeriums gegen die Beschäftigung von Nicht-EU Ausländern als reine „Stimmungsmache“ und „Politiksimulation“.

So sollen zum Beispiel die Landwirte bis zum Jahre 2001 schrittweise gezwungen werden, mindestens 40 Prozent der pro Jahr etwa 200 000 Ernte-Arbeitsplätze mit einheimischen Saisonarbeitern zu besetzen. Falls diese Quotierung wirklich in Kraft treten sollte, so würden zwar die polnischen SaisonarbeiterInnen vom Markt verdrängt werden, es sei aber, so der Polnische Sozialrat e.V., nicht damit zu rechnen, daß diese Ernte-Arbeitsplätze tatsächlich mit einheimischen Arbeitskräften besetzt würden. Statt dessen sei zu erwarten, daß anstelle polnischer zum Beispiel portugiesische Arbeitnehmer diese Arbeiten übernehmen. Einheimische Arbeitskräfte seien in der Regel kaum bereits, die körperlich schwere und schlecht bezahlte Arbeit zu übernehmen. Und EU-Arbeitnehmern kann aufgrund der geltenden Verträge der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt keinesfalls versperrt werden.

Das gleiche gilt für osteuropäische Werkvertragsarbeitnehmer, für die bereits seit Ende August '97 keine neuen Arbeitserlaubnisse mehr erteilt werden dürfen. Auch hier sei es eine „Milchmädchenrechnung“, wenn erwartet würde, daß deren rund 40 000 Arbeitsplätze – überwiegend im Baubereich – automatisch mit einheimischen Arbeitslosen besetzt würden. Statt dessen würde auch hier auf Arbeitnehmer aus EU-Staaten ausgewichen werden. Un-

verständlich sei auch, warum eigentlich nur ausländische Arbeitgeber härter bestraft werden sollen, wenn sie ihren Arbeitnehmern weniger als den Mindestlohn bezahlen.

Der Konjunkturaufschwung, den die Bundesregierung vermeldet, gehe nicht deswegen am Arbeitsmarkt vorbei, weil – wie der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Peter Ramsauer, zitiert wurde, „jährlich bis zu 250 000 Ausländer den Arbeitsmarkt in Deutschland belasten“, sondern aufgrund struktureller Veränderungen am Arbeitsmarkt, für die endlich Lösungen gesucht werden müssen, anstatt sich einen billigen Sündenbock zu suchen.

Allein der Ton der Diskussion in der Öffentlichkeit sei nach Meinung des Polnischen Sozialrats bedenklich. Es könne nicht darum gehen „Arbeit für Deutsche“ zu schaffen. So seien schließlich die in Deutschland beheimateten ehemaligen Arbeitsmigranten und Zuwanderer die Hauptleidtragenden der katastrophalen Lage am Arbeitsmarkt. Unter ihnen ist die Arbeitslosigkeit teilweise doppelt so hoch, wie unter der deutschen Bevölkerung. Und das Grundgesetz erlegt jeglicher Bundesregierung schließlich eine Fürsorgepflicht für alle Einwohner des Landes auf – unabhängig von ihrer Abstammung.

Der Polnische Sozialrat warnt die Bundesregierung nachdrücklich davor, mit dem Thema Ausländerbeschäftigung in den Wahlkampf zu ziehen. Sobald die Politik Scheinlösungen und Sündenböcke für drängende Probleme anbiete – und diese Scheinlösungen nicht zu Ergebnissen führten, dann fänden sich stets Verirrte und Fanatiker, die sich zu Übergriffen auf die „Sündenböcke“ regelrecht aufgefordert fühlten.

(Pressemitteilung vom 1. Oktober 1997, von Hans-Peter Meister, Polnischer Sozialrat e.V., Oranienstr. 34, 10997 Berlin.)

Keine Entschädigung für tschechische NS-Opfer?

Kinkel in Prag: Es soll keine individuelle Entschädigung geben!

Klaus Kinkel ist lächelnd und gut gelaunt nach Prag gekommen. Sein Besuch war auch von der tschechischen Öffentlichkeit mit Optimismus erwartet worden. Herauskam: Die tschechischen NS-Opfer sollen weiterhin keine individuelle Entschädigung erhalten.

„Einen besseren Termin als den 3. Oktober könnte es gar nicht geben für den Besuch des deutschen Außenministers in Prag“, schrieb das Prager Blatt *Prager Zeitung*. Denn wer die Dramaturgie der Wiedervereinigung kennt, weiß, daß Prag dazugehört ... Als sich DDR-Flüchtlinge

1989 zur Kleinseite durchfragten, waren es Tschechen, die den Weg wiesen und über die Botschaftsmauer halfen. „Die Wiedervereinigung ist ohne Prag nicht denkbar“, erinnerte unlängst auch Hans-Dietrich-Genscher.“

Der Vorsitzende des Verbandes der tschechischen Freiheitskämpfer, Jakub Cermín (als Student im KZ Sachsenhausen inhaftiert), hat vor Kinkels Eintreffen die Hoffnung ausgesprochen, daß die Frage der Entschädigung der tschechischen NS-Opfer gelöst wird, denn: „Herr Kinkel ist ein entscheidender Mann, der den Menschen die Wahrheit nun ins Gesicht sagen soll. Vor allen Dingen den Opfern.“

Und Kinkel sagte wirklich die bittere Wahrheit: Die tschechischen NS-Opfer bekommen von Deutschland keine individuelle Entschädigung! Der deutsche Außenminister versprach nur sehr unbestimmt „Hilfe“ aus dem sogenannten „Zukunftsfonds“. Der aber ist noch nicht errichtet; er soll ab Januar 1998 wirken mit Einlagen von 140 Millionen DM seitens der BRD und 24 Millionen DM von der Tschechischen Republik.

Die Frage, ob es der Vorstellung von deutsch-tschechischer Versöhnung entspricht, daß die tschechischen NS-Opfer keinen Pfennig von Deutschland bekommen und nur die tschechische Regierung eine humanitäre Geste gegenüber den Opfern geleistet hat, beantwortete Kinkel so: Momentan sei die Lage die, daß die deutsch-tschechische Erklärung die Nutzung des Fonds für „bestimmte Projekte“ vorschreibe. Diese sollten auch denen zugute kommen, die von den Nazis Schaden erlitten hätten.

Diese Projekte sind schon lange bekannt: Es sollen Altenpflegeheime errichtet oder gefördert werden, in denen die ehemaligen Widerstandskämpfer und KZ-Häftlinge ihr Leben beenden sollen. Die aber lehnen das entschieden ab. Kinkel hat sich dennoch – begreiflicherweise – auf die (deutsch-tschechische) Erklärung berufen, in der kein Wort von einer individuellen Entschädigung zu finden ist ...

„Wenn die individuelle Entschädigung definitiv abgelehnt wird ..., dann muß man nicht mehr eilen. Der Fonds und sein achtköpfiger Verwaltungsrat können ganz langsam ab Januar (1998) amtieren, als wenn gar nichts passierte“, kommentierte die bekannte tschechische Tageszeitung *Pravo* den Kinkel-Besuch erbost. „Die Minister können nach wie vor erklären, wie problemlos die beiderseitigen Beziehungen sind, und in die Zukunft schauen. Das ist nämlich nicht so verbindlich, das kann man nicht kontrollieren, das kostet kein Geld. Aber wenn wir schon über Geld reden, dann wollen wir doch bemerken, daß, während ein paar tschechische NS-Opfer eine deutsche Zahlung von etwa 100 DM Rente nicht bekommen können, gleichzeitig in Deutschland – aber auch anderswo in der Welt – die SS-Leute, die sich an den Lei-



Europäische Demonstration aus Anlaß des Beschäftigungsgipfels in Luxemburg, 21./22.11.'97

Am 21./22. November 1997 findet in Luxemburg der Beschäftigungsgipfel statt, der auf dem Gipfeltreffen von Amsterdam im letzten Juni beschlossen worden war. Sein Stattfinden verdankt er einem Kompromiß der Staats- und Regierungschefs, als Reaktion auf die Forderungen der französischen Regierung.

Nach dem derzeitigen Informationsstand deutet nichts darauf hin, daß auf diesem Gipfel die Beschlüsse getroffen werden könnten, die die Opfer von Ausgrenzung, die Erwerbslosen und Beschäftigten der verschiedenen Länder der Europäischen Union erwarten. Doch radikale Entscheidungen sind nötig: zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur massiven Verringerung der Arbeitszeit, zur Sicherung eines Einkommens für jeden und jede, von dem man anständig leben

kann, egal wie der soziale Status sei (beschäftigt, erwerbslos oder abhängig von ungesicherten Jobs).

Sowohl dafür, daß solche Maßnahmen ergriffen werden, wie auch dafür, daß das „soziale Europa“ nicht ein leerer Slogan ohne Inhalt bleibt, sind Mobilisierungen der Jugend und der Erwerbslosen nötig.

Eine solche Mobilisierung ist möglich: In der ersten Hälfte des Jahres 1997 entstanden europäische Sozialbewegungen, insbesondere die Demonstration in Brüssel zur Unterstützung der Beschäftigten von Renault-Vilvoorde, die gewerkschaftlichen Initiativen vom 28. Mai und 10. Juni und die Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit und Ausgrenzung mit der europäischen Demonstration in Amsterdam.

Das europäische Netzwerk, das die Euromärsche organisiert hat, trifft sich

am 4./5. Oktober in Luxemburg, um über weitere Initiativen zu entscheiden. Aber schon jetzt schlagen wir vor, daß der Sozialgipfel von Luxemburg am 21./22. November Anlaß zu einer Großdemonstration sein sollte, einer Demonstration aller Gewerkschaften und Vereinigungen in der Europäischen Union, die sich für einen Kurswechsel in Europa aussprechen.

Europäisches Sekretariat der Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung, Paris, 20. September 1997.

Kontakt: Marches Europeennes, 104 rue des Couronnes, F-75020 Paris; Tel : 0033-1-44 62 63 44, Fax: 0033-1-44 62 63 45, E-mail: marches97@ras.eu.org.

(aus: Inprekorr, über CL-Netz)

→ den auch der tschechischen Opfer beteiligten, um ein vielfaches höhere Renten bekommen.“

Es leben nur noch etwa 8500 tschechische NS-Opfer. Diese Leute sind im Alter von 78 bis 85 Jahren. Allein seit der Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Erklärung sind von ihnen 500 gestorben! Sie können nicht begreifen, warum die deutsche Regierung eine der Bedingungen der Entstehung der BRD nicht erfüllt – nämlich die Entschädigung der NS-Opfer. e.h.

Kritische Diskussion zum EZM Flensburg

Minderheitenforum versucht kritische Bestandsaufnahme

Kiel. „Minderheitenpolitik zwischen der Verteidigung von kultureller Integrität und der Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte“, unter dieser Überschrift luden das Regionalbüro Angelika Beer (MdB Bündnis 90/DIE GRÜNEN) sowie zwei Landesarbeitsgemeinschaften des Landesverbandes zu einem „Forum Minderheitenpolitik“ ein.

In der Einladung heißt: „Die Minderheitenproblematik ist nicht nur eine bedeutende und z.T. folgenschwere Größe in der europäischen Geschichte, sondern auch am Ende des ausgehenden 20. Jahrhunderts eine vielschichtige, durchaus explosive Erscheinung ... Der entlang ethnischen Kriterien auseinandergebrochene Balkan oder der Zerfall bestimmter Teile Afrikas sind ebenso Belege für diese Entwicklung wie bspw. Die Volks-



Laut FUEV eine „schutzbedürftige Minderheit“: Die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Laut FUEV keine „schutzbedürftige Minderheit“: 7,3 Millionen „Ausländer“ in der BRD.

gruppendifkussion in der EU. In Schleswig-Holstein erhält die Minderheitenproblematik ihre aktuelle Brisanz durch die Diskussion um die Zielsetzung des Europäischen Minderheitenzentrums (EZM) in Flensburg oder die Euroregion (im deutsch-dänischen Grenzgebiet sowie durch die Forderung der Sinti und Roma nach Anerkennung als Volksgruppe mit Verfassungsrang ... Die einseitige Ausrichtung auf die ethnisch-nationale Komponente des offiziellen Minderheitenbegriffes wird der gesellschaftlichen Realität dabei keinesfalls gerecht.“ So „definieren sich Minderheiten bspw. über bestimmte Lebensformen oder Religionszugehörigkeiten, vor allen Dingen aber über den sozialen, rechtlichen und politischen Status in der Gesellschaft. Letzteres betrifft in erster Linie die große Gruppe von ImmigrantInnen, die allerdings nach der traditionellen Definition nicht als Minderheit anerkannt werden.“

Das eintägige Forum teilte sich in zwei Blöcke: Im ersten wurden drei Grund-

satzreferate gehalten, im zweiten über aktuelle Minderheitenfragen in Schleswig-Holstein diskutiert. So referierten eingangs Wolfgang Benz vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin über die deutsche Minderheitenpolitik im historischen Rückblick, Siegfried Jäger vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung über die gesellschaftlichen Diskurse und die dadurch geprägten Bilder in der öffentlichen Meinung, Norman Paech von der HWP Hamburg zur Minderheitenpolitik und deren Definition im internationalen Völkerrecht.

Im Einleitungsbeitrag zum zweiten Block nahm Annelie Buntentbach (MdB Bündnis 90/DIE GRÜNEN) unter anderem Stellung zu deutschtümelnder Minderheitenpolitik, insbesondere zum umstrittenen (völkischen) „Europäischen Zentrum für Minderheiten“ in Flensburg EZM und zur FUEV. Sie und Angelika Beer erklärten im Mai für die Bundestagsfraktion in der Presse:

„Die FUEV bezieht sich positiv auf ihre NS-Vorläufergruppierung, den Nationalitätenkongreß, und verbreitet rassistisches Gedankengut. Dennoch kam die Organisation in den letzten Jahren nicht nur in den Genuß finanzieller Bundesförderung. Darüber hinaus wurde je ein Vertreter in Vorstand und Kuratorium des von der Bundesregierung mitgetragenen „European Centre for Minority Issues“ (ECMI) berufen. Die Orientierung der FUEV auf Minderheiten als „völkische Gemeinschaften“ trägt zur Ethnisierung und Verschärfung gesellschaftlicher Konflikte bei. Statt dessen muß die Konfliktprävention wieder auf die rationale Ebene der vielfältigen sozialen und ökonomischen Ursachen zurückgeholt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Bundesförderung an die FUEV umgehend einzustellen. Ferner soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß die FUEV-Vertreter sofort aus Vorstand und Kuratorium des ECMI abberufen werden.“

Die Auseinandersetzung um dieses Zentrum und der FUEV hat mittlerweile dazu geführt, daß Investitionsmittel dafür aus dem Interreg-II Programm der EU in Brüssel noch zurückgehalten werden.

In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten dann Vertreter anerkannter Minderheiten wie der dänischen Minderheit und des friesischen Vereins, sowie nichtanerkannter Minderheiten wie der Sinti und Roma, als auch des Flüchtlingsrates SH und des polnischen Sozialrates aus Berlin. Das Verhältnis dieser Minderheiten zueinander wurde an einem Beispiel deutlich: Von türkischen und kurdischen Teilnehmern wurde die Änderung der Flensburger Hauptsatzung unter Mitwirkung des SSW kritisiert. Diese steht im Zusammenhang mit der neuen Kommunalverfassung und der geplanten Euroregion und erkennt ausschließlich die alteingesessenen „Kulturen“ der Deutschen und Dänen als allein gleichberechtigt nebeneinander an. Solche Maßnahmen verstärken die Konkurrenz untereinander, nicht zuletzt durch Mittelstreichung auch für die anerkannten Minderheiten, wie Angelika Beer feststellte. Weiter wurde angemerkt, daß ein erweiterter Minderheitenbegriff die Probleme der speziellen Diskriminierung, wie sie durch die Ausländer- und Asylgesetze und das Staatsbürgerschaftsrecht sich verfestigt haben, nicht lösen kann. Dennoch, nach über 40 Jahren CDU in Schleswig-Holstein, geprägt durch Deutschumsstrategen wie v. Hassel und Barschel und über achtjähriger SPD-Landespolitik, jetzt ein Versuch grüner Politik alte und neue Minderheiten in einen solidarischen Diskurs zu bringen. Die Eingangsreferate hatten verdeutlicht, daß es bis heute keinen Bruch mit dem Benutzen von Minderheiten durch die herrschende Politik gegeben hat. Die Beiträge sollen veröffentlicht werden. rua

„Reform“ des Staatsbürgerschaftsrechts?

Koalition beschließt noch schlechteres Staatsbürgerschaftsrecht

Die Regierungsparteien haben sich nach Presseberichten darauf verständigt, die von FDP-Chef Gerhard zur „Chefsache“ deklarierte und vor allem von FDP-Kreisen vollmundig angekündigte Reform des Staatsbürgerschaftsrechts so auszugestalten, daß die bisher schon bestehende Möglichkeit für in der BRD geborene Kinder von Ausländern, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben verschlechtert wird.

Am 30. Oktober soll der Bundestag sämtliche zu diesem Komplex vorliegenden Anträge abschmettern. Darunter sind mehrere Anträge der Grünen zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, u.a. ein Antrag von 1995, in dem gefordert wird, daß in der BRD geborenen Kindern von Ausländern das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht mit der Geburt erwerben, wenn ein Elternteil eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung oder -berechtigung hat. Statt dieser Abkehr vom berüchtigten „Blutsrecht“ des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts hat nun die Koalition beschlossen, dieses völkische Staatsbürgerschaftsrecht sogar noch zu verfestigen. Statt mit 16 können in der BRD geborene ausländische Kinder nunmehr erst mit 18 Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben – wenn sie nicht vorher unter irgendeinem Vorwand abgeschoben werden. Die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke kommentierte die „Einigung“ der Regierungsparteien am 10. Oktober so:

„CDU und CSU werden mit Unterstützung der FDP nicht müde, den hier lebenden AusländerInnen tagtäglich deutlich zu machen, daß sie nur als ‚Gä-

ste‘ auf Zeit, als eigentlich unerwünscht betrachtet werden. Die neuen Pläne zur Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts sind ein beredtes Beispiel dafür. Die Koalitionäre wollen hier geborenen und aufgewachsenen Kindern von Eltern nichtdeutscher Herkunft künftig die Gnade zukommen lassen, sie mit 18 Jahren in den erlauchten Kreis der deutschen StaatsbürgerInnen aufzunehmen. Bis dahin unterliegen die InländerInnen ausländischer Herkunft weiter dem rigiden Ausländerrecht und den damit verbundenen Diskriminierungen im täglichen Leben, in Schule und Ausbildung. Diese Pläne haben nichts mit Reform zu tun. Im Gegenteil: Die starre Haltung von Bundesinnenminister Kanther und seiner Hardliner-Kollegen von der CSU gegen eine Modernisierung des völkischen Staatsbürgerschaftsrechts hat sich auf voller Linie durchgesetzt. Diese Pläne verhöhn alle Menschen, die seit Jahren hier leben und dringend auf eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts warten. Und sie fallen gegenüber dem heutigen Stand zurück: Derzeit können Jugendliche mit 16 Jahren deutsche Staatsangehörige werden, wenn sie sich mindestens 8 Jahren hier aufhalten und 6 Jahre deutsche Schulen besucht haben ...“

Die überfällige Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die Abkehr vom völkisch-wilhelminischen deutschen „Blutsrecht“ zum demokratischen „ius soli“ steht also weiter als Aufgabe an – für den nächsten Bundestag. Bleibt zu hoffen, daß PDS, Grüne und SPD diese Forderung auch in ihre Wahlprogrammen wirklich erheben. rüf

Die Hauptstadt kriegt eine Schutztruppe

Am 6. Oktober wies die Berliner „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ in einer Pressemitteilung darauf hin, daß die Regierung Kohl sich für ihren kommenden Regierungssitz eine spezielle Militäreinheit für innere Unruhen aufgestellt hat:

„Seit dem 30. September 1997 hat Berlin eine eigene Schutztruppe der Bundeswehr. Das seit 1991 bestehende Jägerbataillon in Kladow wurde aus der üblichen Truppenorganisation herausgelöst und ist als Jägerbataillon 1 mit dem Zusatznamen Berlin direkt der Standortkommandantur unterstellt.“

Dieser Kampfverband ist die einzige Einheit der Bundeswehr, die einen Städtenamen trägt und direkt einem Standortkommandanten unterstellt ist. Die Jägertruppe der Bundeswehr wird

im Häuserkampf und zum Kampf in Städten ausgebildet. Eine Notwendigkeit zum besonderen militärischen Schutz Berlins liegt nicht vor. Ein überraschender Angriff auf die Hauptstadt ist ausgeschlossen. Auch die Bundeswehr hält ein solches Szenario für nicht mehr denkbar. Die Aufgabe des Jägerbataillons 1 Berlin kann daher nur in der Verteidigung des Regierungsviertels bei inneren Unruhen liegen. Für die Aufstandsbekämpfung sind Soldaten der Jägertruppe auch ausgebildet.

Die politisch forcierte Umgestaltung Berlins zur repräsentativen Hauptstadt mit voller Regierungsfunktion ab 1999 wird begleitet durch die Schaffung einer militärischen Schutztruppe. Die staatlichen Institutionen in Berlin hatten auch unter anderen Herrschern ebenfalls das Privileg, durch spezielle militärische Kampftruppen vor „Ratten und Gesindel“ geschützt zu werden. Tradition verbindet.“ •

Die Kapitalisten sprechen von einem „Krieg“

Am Abend des Freitags, 10. Oktober, gegen 18 Uhr ging die „Konferenz über Löhne, Beschäftigung und Arbeitszeiten“ im Hotel Matignon, dem Amtssitz des Premierministers, zu Ende. Diese Drei-Parteien-Konferenz brachte unter der Schirmherrschaft der Regierung die „Sozialpartner“ zusammen, vertreten durch die drei größten Gewerkschaftsbünde CGT, FO und CFDT einerseits und den zentralen Unternehmerverband CNPF andererseits. Ziel des Gipfels war, eine Entscheidung über die Zukunft eines der zentralen Wahlversprechen der Linksparteien zu bringen, welches das Herzstück der Sozialpolitik der neuen Regierung bilden soll: die 35-Stunden-Woche.

Schon seit Wochen war die Spannung im Hinblick auf diesen Tag gestiegen. Einerseits stieß der CNPF immer neue Drohungen und Bannflüche gegen die Perspektive einer verbindlichen Verkürzung der Arbeitszeit aus und winkte mehrfach mit dem roten Tuch eines Boykotts der Veranstaltung. Seitens des Unternehmerverbands definierte man zwei Schmerzgrenzen: kein allgemeinverbindliches Gesetz solle es geben und kein festgelegtes Enddatum für den Übergang zur 35-Stunden-Woche, vielmehr solle erst „die Organisation der Arbeitszeiten geändert“ – sprich eine größere Flexibilisierung der Arbeitskräfte, etwa mit Arbeitszeitkonten, erzielt werden, bevor man dann in den Betrieben die Arbeitszeit reduzieren könne.

Andererseits machten auch die Gewerkschaften und vor allem die KP-nahe CGT im Vorfeld mobil, um Druck zugunsten einer Verkürzung der Arbeitswoche zu entfalten. So streikten am 30. September die Beschäftigten der Télécom, wobei der Ausstand sich auch gegen die anlaufende Teilprivatisierung des öffentlichen Unternehmens richtete – mit 20 Prozent Beteiligung blieb der Erfolg freilich gering.

Die Gründe dafür sind darin zu suchen, daß einerseits seit den großen Mobilisierungen 1994 und '95 gegen die dro-

hende Privatisierung die Beteiligung an Streik- und Aktionstagen bereits das Jahr 1996 hindurch abgebrockelt ist, da eine Resignation der Beschäftigten ins vermeintlich nicht mehr zu Ändernde eintritt – auch wenn die Umfrage der linken Basisgewerkschaft SUD unter den 120 000 Beschäftigten (53 Prozent Beteiligung, 80 Prozent Privatisierungsgegner) erst jüngst zeigte, daß die Opposition dagegen nach wie vor vorhanden ist. Andererseits hatten nur die beiden stärksten Gewerkschaften bei FranceTélécom, die CGT und SUD, zu diesem 24stündigen Streik aufgerufen, während die CFDT (sozialdemokratisch) und FO

ten sich ein Drittel der Eisenbahner an Ausständen. Am 10. Oktober schließlich war der private Sektor an der Reihe: am Tag der Konferenz selbst legten die Renault-Beschäftigten am Produktionsort Cléon die Arbeit für eine Stunde nieder.

Die Regierung Jospin sah sich also von beiden Seiten unter Druck gesetzt, auch wenn starke soziale Mobilisierungen bisher ausblieben. Gleichzeitig mußte ihr klar sein, daß ein deutliches Abweichen vom Wahlversprechen der 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust klare negative Auswirkungen auf ihre politische Situation haben müßten: eine Reihe von Wahl-

versprechen sind bereits offenkundig mißachtet worden: der Stopp der Privatisierung von France Télécom und der Schließung des Renault-Werks im belgischen Vilvoorde, die Erhöhung des Mindestlohns SMIC (die mit 4 Prozent magerer ausfällt als unter der Vorgängerregierung Juppé) ... Wie die Tageszeitung *Liberation* (11/12.10.) schreibt, scheint die Regierung nunmehr „auf ökonomischem Gebiet den Märkten, den europäischen Partnern, dem ‚Realismus‘ genug Faustpfänder für eine ernsthafte Buchhaltung geliefert zu haben.“ (...) Zum Problem der 35-Stunden-Woche mußte das Ruder auf einen politischen Kurs gestellt werden.“

Tatsächlich geht aus der Abschlußklärung, mit der die Regierung aus dem Gipfeltreffen vom Freitag zog, die Beibehaltung des Ziels der 35-Stunden-Woche klar hervor.

Bis zum 1. Januar 2000 soll die 35-Stunden-Woche die verbindliche Arbeitszeitregelung für alle Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten darstellen, was mit einem Rahmengesetz sichergestellt werden soll; als Perspektive ist von einer Verallgemeinerung der 35 Wochenstunden für alle abhängig Beschäftigten bis zum Ende der Legislaturperiode, also dem Jahr 2002, die Rede. Der Gesetzestext soll vor Jahresende 1997 ins Parlament eingebracht werden. Damit sind Spekula-



Protestaktion französischer Gewerkschaften gegen das Regierungsprogramm der Vorgänger-Regierung von Jospin, der konservativen Regierung Juppé, im Herbst 1996.

(„unpolitisch“-reformistisch) den Zug der Privatisierung ihrerseits für abgefahren erklärten und dadurch den Schwung der Mobilisierung zusätzlich ausbremsten.

Am 8. Oktober folgten Arbeitsniederlegungen bei der Bahngesellschaft SNCF und dem Pariser Metrobetreiber RATP, die den Verkehr 24 Stunden lang beeinträchtigten (zwischen einem Drittel und der Hälfte der Züge verkehrten). Nach Angaben der SNCF-Direktion beteilig-

tionen im Vorfeld, die Verkürzung der Arbeitszeit werde ohne verbindlichen Gesetzestext allein den Verhandlungen der „Sozialpartner“ überlassen – diese Idee wurde von Wirtschaftsminister Dominique Strauss-Kahn vorgebracht – vom Tisch.

Das Ergebnis der Konferenz vom 10. kombiniert freilich die Techniken der Gesetzgebung und der Verhandlung auf Ebene der „Sozialpartner“ miteinander.

So soll in einer ersten Zeit die konkrete Ausgestaltung des Übergangs zu den 35 Stunden für die jeweilige Branche oder den konkreten Betrieb durch Gewerkschaften und Kapitaleseite ausgehandelt werden, denen freie Hand gelassen wird – hier wird also das Kräfteverhältnis entscheidend sein.

In der zweiten Jahreshälfte 1999 soll eine erneute Sozialkonferenz nach Art der gerade zu Ende gegangenen die Ergebnisse der Verhandlungen bilanzieren und gleichzeitig die ökonomische Situation bewerten. Der Premierminister soll sodann „Konsequenzen daraus ziehen“ und mit seiner Regierung ein zweites Gesetz vorlegen, welches die allgemeine Einführung der 35-Stunden-Woche für das folgende Jahr bestätigt.

Die *Liberation* spricht diesbezüglich von „Netz und doppeltem Boden für Lionel Jospin“, der sich nicht ohne Absicherung ins Leere habe stürzen wollen.

Um der Unternehmerschaft, die ja zur Abschließung von Abkommen auf Betriebs- und Branchenebene gewillt sein muß, Vorteile ihrerseits in Aussicht zu stellen – denn, „nichts wird gegen wen auch immer gemacht werden“, so Jospin auf der Konferenz – enthält der Abschlußtext des Regierungschefs zwei Passagen. Darin heißt es konkret: „Die Beschäftigten müssen Gegenleistungen für diesen sozialen Fortschritt akzeptieren, sowohl was die künftige Entwicklung der Löhne als auch, was die Organisationsformen der Arbeitszeit betrifft.“ Letzteres geht in die Richtung einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten etwa mit der Technik von Jahresarbeitszeitkonten, wonach die Arbeitskräfte je nach Bedarf des Betriebes in mancher Woche deutlich über und in anderen Wochen klar unter der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit eingesetzt werden können.

Was die Löhne betrifft, so ist in dem Abschlußpapier davon die Rede, der Erfolg der Arbeitszeitverkürzung beruhe „künftig auf eine gebändigten Entwicklung der Löhne“ – nicht die Rede ist also von der klassisch keynesianischen Politik der Ankurbelung der Massenkaufkraft über die Löhne, welche die sozialistischen Vorschläge vor der Wahl prägte. Der Chef der Gewerkschaft FO, Marc Blondel, erklärte, diesbezüglich auf „die Reaktion der öffentlichen Meinung und der Beschäftigten“ zu setzen.

Der Unternehmerverband CNPF schrie am Abend nach der Sozialkonferenz öffentlich Zeter und Mordio: „Die Ideologie hat über die Vernunft gesiegt“,

tönte CNPF-Präsident Jean Gandois, der zugleich trompetete: „Wir haben eine Schlacht verloren, aber nicht den Krieg“, unter Rückgriff auf ein berühmtes Zitat des Generals de Gaulle. Er werde „kämpfen“, versicherte Gandois.

Dazu wird er angesichts der anstehenden Verhandlungen über die Modalitäten des Übergangs ausgiebig Gelegenheit haben. Wenn die erste demonstrative Aufregung sich gelegt haben wird, dann wird man sich beim CNPF vielleicht sagen können, daß im Fall der Aushandlung entsprechender Modalitäten die ganze Sache gar nicht so schlecht für die Unternehmerseite aussieht – vor allem, wenn „Fortschritte“ bei der Flexibilisierung der Arbeitszeiten damit verbunden werden können.

Zusätzlich können die Unternehmen, auch dies ein Resultat der Konferenz, 1998 finanzielle Hilfen vom Staat als „Anreiz“ zur Arbeitszeitverkürzung einstreichen – 9 000 Francs (knapp 3 000 DM) pro Beschäftigten im Falle einer Reduzierung auf 35 Stunden, bis zu 13 000 Francs (4 000 DM) pro Nase bei weitergehenden Schritten etwa zur 32-Stunden oder 4-Tage-Woche. Die *Liberation* hatte schon im Vorfeld der Konferenz, am 2. Oktober, berichtet, wie sechs der führenden Köpfe des CNPF – unter ihnen dessen Chef Jean Gandois persönlich – in ihren eigenen Betrieben die Arbeitszeit bereits auf eigene Initiative verkürzt haben.

Gandois läßt demnach etwa in seinem belgischen Betrieb ab 1999 wöchentlich 34 Stunden arbeiten mit „Mäßigung der Löhne“ und finanziellen Anreizen vom Staat als Gegenleistung. Sein Kollege vom CNPF-Vorstand, Jean-Yves Bloquert, läßt jene Beschäftigten ihre Arbeitswoche auf 31 Stunden ohne Lohnverlust verkürzen, wenn diese dafür die Einrichtung von Jahresarbeitszeitkonten akzeptieren – mit Zustimmung von CGT und FO in seinem Betrieb.

Bernhard Schmid, Paris

Italien

Mitte-Links-Koalition über Maastricht-Kurs auf der Kippe

Anfang der Woche zeichnete sich die Möglichkeit ab, daß die italienische „Mitte-Links-Koalition“ trotz der schweren Regierungskrise mit einem Ein-Jahres-Programm weitermachen kann. Nach den letzten Meldungen könnte Rifondazione comunista (PRC) dem umstrittenen Finanzgesetz zustimmen, wenn sich Ministerpräsident Prodi im Gegenzug bei der Forderung nach der 35-Stunden-Woche bewegt.

Rifondazione hatte dem Finanzgesetz, mit dem auf Kosten des Sozialhaushalts die Maastrichter Stabilitätskriterien

herbeigezwungen werden sollen, die Zustimmung verweigert und damit Prodis Rücktritt ausgelöst. Aber schon am Tag danach hatte der Sekretär von PRC, Bertinotti, erklärt: „Den Bruch hat es über das (Regierungs)Programm gegeben, von dort muß man wieder ausgehen. Wir kapitulieren nicht, wir eröffnen eine programmatische Diskussion mit dem Mitte-Links-Bündnis neu. Weil auch in dieser Krise der Auftrag der Wähler an Ulivo (das Olivenbaum-Bündnis um Prodi, rok) und Rifondazione bleibt, das Land in Alternative zur Rechten zu regieren. Bevor wir die Irreparabilität der Krise feststellen und um anderen evtl. Lösungen entgegenzuwirken, die diesen Auftrag zur Diskussion stellen würden, machen wir diesen Vorschlag, der sich an die jetzige Mehrheit richtet.“ Andernfalls käme die einzige Möglichkeit, einen Raum für Reformen zu öffnen, in die Krise. Weil aber in der „Mitte-Links-Koalition“ radikal verschiedene Vorstellungen bestünden, trete Rifondazione auch weiterhin nicht in die Regierung ein.

In den Verhandlungen über das Finanzgesetz hatten Prodis Zugeständnisse in den Hauptstreitpunkten Renten, Gesundheitswesen, Beschäftigungspolitik Rifondazione nicht gereicht. Bei den Renten, wo Rifondazione die Herausnahme aller abhängig Beschäftigten aus den Kürzungsplänen forderte, hatte Prodi Vorschläge gemacht, die angeblich rund 70% der Betroffenen ausklammern sollen. Bei der Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung hatte er die Suche nach Lösungen für die Herausnahme chronisch Kranker angeboten. Die Perspektive einer Arbeitszeitverkürzung wollte er in Beziehung zur Entwicklung auf der europäischen Ebene prüfen. In der Finanzverwaltung sollten 3 000 Leute zur Bekämpfung der Steuerflucht eingestellt werden. Das waren für Rifondazione „Worte statt Taten“ und zuwenig: „Die Regierung hat entschieden, die vernünftigen, konkret realisierbaren und aufrichtig reformerischen Vorschläge zurückzuweisen“, hieß es in der Erklärung der PRC-Parlamentsfraktion.

Dabei war ein scharfer Gegensatz zu den Gewerkschaftsvorständen entstanden. Der Vorsitzende des größten Gewerkschaftsbunds CGIL, Cofferati, hatte sich in der Auseinandersetzung um die Renten im Sinne Prodis für Kürzungen ausgesprochen. Und auch dem linken Flügel zugerechnete Funktionäre (z.B. der Metallgewerkschaft FIOM) hatten Bertinotti Faxen geschickt mit der Aufforderung, sich auf Prodis Kompromißvorschläge einzulassen.

Für den Fall des Scheiterns der „Mitte-Links-Koalition“ hatten die Parteien ihre weiteren Strategien angedeutet. Prodi und die größte Regierungspartei, die Linksdemokraten, wollten rasche Neuwahlen. Die oppositionelle Rechte um Berlusconi und Alleanza nazionale hatten eine große Koalition für eine „Regierung für Europa“ angeboten. rok

„Braucht Österreich die NATO?“

Die Grüne Bildungswerkstatt Tirol, die Grünen – die Grüne Alternative Tirol, die jungen SozialistInnen Tirol, die FSG-GPA, die GPA-Jugend, die Neutralitätsinitiative Tirol, PAX Christi und die Österreichischen Bewegung gegen den Krieg veranstalteten am 19. und 20. September in Innsbruck ein Wochenendseminar gegen die NATO. Hier Thesen und Ergebnisse.

(...) Aus sicherheitspolitischer Perspektive sind die klassischen Aufgabenbereiche einer österreichischen Landesverteidigung – gegen Grenzverletzungen, gegen einen Durchmarsch oder gegen eine Besetzung – obsolet geworden. Gerade die Einbeziehung Österreichs in die NATO-Politik bedeutet eine Gefährdung des Landes. Es geht nicht nur um Neutralitätsverteidigung, sondern um die Teilnahme von Militäraktionen in aller Welt. (...) Die militärischen Eliten in Österreich haben in den vergangenen Jahrzehnten mehrmals neutralitätswidrige Taten gesetzt. Die CIA-Waffenlager sind Symptom einer Politik permanenter Anlehnung an die westlichen Militärmächte. Mit der HG 1987 begann die offizielle Umstrukturierung des Heeres auf die Erfordernisse der NATO.

Durch die Beteiligung in der Pff, die Beschlußfassung eines neuen Entscheidungsgesetzes und Truppenstatutes sowie durch die Beobachterstellung Österreichs in der WEU wurde der Dienst im Österreichischen Bundesheer neutralitätswidrig und steht im Widerspruch zum bestehenden Bundesverfassungsgesetz der immerwährenden Neutralität.

Das österreichische Heer beteiligt sich heute schon an militärischen Aktivitäten der westlichen Militärpakte und bereitet sich intensiv auf die Vollmitgliedschaft in der NATO und der WEU vor. Die Bevölkerung sowie die gewählten Vertretungen

werden einfach umgangen.

Die angestrebte Vollmitgliedschaft in der NATO würde nicht nur die Möglichkeiten zu Friedensdividenden begraben, sondern eine enorme Aufrüstung für den Kleinstaat Österreich mit sich bringen. Mit einer Verdoppelung des gegenwärtigen Verteidigungsetats ist mindestens zu rechnen. (...) Zugleich würden österreichische Soldaten einen Militärinterventionismus unterstützen, der von den Interessen der US-Hegemonialmacht geprägt ist. Österreich würde sich im Rahmen von Beistandspflicht und Bündnisautomatik an den nuklearen Erstschlags- und Abschreckungsdoktrinen der US-dominierten NATO beteiligen.

Daraus folgt: Die Zeit des Umbruchs der sicherheitspolitischen Landschaft in Europa bietet eine Chance für Österreich, seine militärischen Orientierungen und Fixierungen aufzugeben und in Fragen einer nichtmilitärischen und zivilen Friedens- und Außenpolitik voranzugehen. Die Abschaffung der eigenen Armee würde keinen Verlust an Sicherheit mit sich bringen, sondern Wege für dauerhafte Konfliktlösungen im In- und Ausland freimachen. Die freigewordenen Ressourcen könnten in friedenspolitische Aktivitäten sowie zur Beteiligung in internationalen kooperativen Sicherheitsstrukturen – wie OSZE oder UN – umgeleitet werden. Damit wäre dem Frieden in Europa und der Welt am besten gedient.

Einstimmiges Schlußkommuniqué

- Die Sicherheit Österreichs ist durch die NATO bedroht.
- NATO-neu ist durch ihre „Out-of-area“-Einsätze in wirtschaftlicher und machtpolitischer Hinsicht viel aggressiver als die NATO-alt.
- Unter dem Deckmantel „humanitäre Hilfe“ verbirgt sich aggressive Machtpolitik.

- Zum Schutz der Rohstoffressourcen setzt sie militärische Interventionen ein.
 - Die NATO dient auch dazu, im Zuge der neoliberalen Entwicklung die soziale Ungleichheit massiv abzusichern.
 - „JA“ zur Neutralität als Ausdruck des Willens der Bevölkerung, sich zur Unterstützung und Teilnahme an der NATO nicht vereinnahmen zu lassen.
 - Der Kern der Neutralität ist die Verpflichtung zur Nicht-Teilnahme an Kriegen und zum Verzicht auf militärische Mittel zur Durchsetzung nationaler und ökonomischer Interessen.
- Einhellig wurde auch beschlossen, daß wir die Vernetzung aller österreichischen NATO-Gegner betreiben wollen. (CL-Netz)

BAYER muß zahlen

600 Mio. Dollar für Aids-Opfer in den USA

Das Bundesgericht in Chicago, hat dem Vergleichsvorschlag von Bayer, Baxter Healthcare, Armour Pharmaceutical und Alpha Therapeutic zugestimmt, nach dem Opfer des AIDS-Skandals und Angehörige mit 600 Millionen Dollar entschädigt werden sollen.

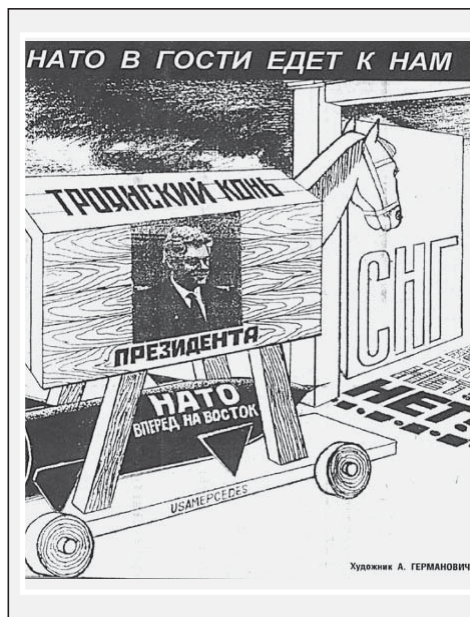
Zwischen 1978 und 1985 waren 6000 Menschen durch verseuchte Blutgerinnungspräparate mit AIDS infiziert worden. Bayer trägt von den Gesamtkosten des Vergleichs in Höhe von 670 Mio. Dollar 270 Mio. Dollar oder 464 Mio. Mark. Jede/r Kläger/in in den USA erhält 100 000 Dollar, die Anwaltskosten belaufen sich auf 70 Mio. Dollar, und die Unternehmen zahlen zusätzlich 12 Mio. Dollar für die Pflege von AIDS-Kranken.

Kranke und Angehörige können um eine höhere Entschädigung weiterklagen. Kürzlich wurden den Eltern eines mit 14 Jahren verstorbenen Jungen, der durch Blutkonserven mit AIDS infiziert worden war, 2 Mio. Dollar Schmerzensgeld zuerkannt. Das „Committee of Ten Thousand“, das sich in den USA für AIDS-Kranke einsetzt, erklärte, die Pharma-Konzerne kämen mit dem Vergleich sehr billig weg.

In Deutschland erhalten 1750 Opfer AIDS-verseuchter Blutpräparate noch weniger: Eine monatliche Rente von nur 1500 Mark, bzw. 3000 Mark, wenn die Krankheit bereits ausgebrochen ist, muß reichen. Den größten Batzen des Betrages bringen in Deutschland allerdings nicht die verantwortlichen Pharmafirmen, sondern die SteuerzahlerInnen auf.

Im Zusammenhang mit dem US-AIDS-Skandal fordern die MdB Gerhard Scheu (CSU) und Horst Schmidbauer (SPD) eine Umkehr der Beweislast. In Fällen, bei denen anzunehmen sei, daß ein „signifikant höheres Risiko“ durch ein Medikament bestehe, solle der Hersteller beweisen, daß sein Präparat die Erkrankung nicht hervorgerufen hat.

aus „Stichwort Bayer“ 3/97, Zeitschrift der Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.



„Die Nato kommt uns besuchen“

„Eine weitere ‚Überraschung‘ bereitet die politische Führung des Landes dem belorussischen Volk. Dieses Mal – eine pro-NATO-Überraschung. Wie auf der Pressekonzferenz der Kopf der MID, Ivan Antonowitsch, mitteilte, ist beabsichtigt, während des für Oktober bevorstehenden Besuches des NATO-Generalsekretärs Solana bei der Führung Belorusslands mit ihm Fragen der Festigung der Zusammenarbeit zwischen der Republik und der nordatlantischen Allianz im Rahmen des Programms der ‚Partnerschaft für den Frieden‘ zu erörtern. Der Minister schloß auch die Möglichkeit der Teilnahme belorussischer Streitkräfte an NATO-Manövern nicht aus.“ (aus der belorussischen Zeitung *Tovaritsch – Genossen*)



Am Sonntag, dem 5. Oktober, versammelten sich Mitglieder und Anhänger Herri Batasuna in Bilbao zu einem letzten Treffen vor dem Prozeß in Madrid. Der „Mahaikide“ (Angehörige des Vorstandes) Karmelo Landa betonte: „HB repräsentiert die Hoffnung dieses Volkes auf eine neue Zukunft. Mit Hilfe der Demokratie wollen wir die Unabhängigkeit und den Sozialismus herbeiführen.“

Spanien: Prozeßbeginn gegen Herri Batasuna

Der Prozeß in Madrid gegen das Führungsgremium der baskischen Linkspartei Herri Batasuna (HB) begann am 6. Oktober mit einer Überraschung: HB lehnte den Gerichtsvorsitzenden Jose Augusto de Vega wegen Befangenheit ab, da bei de Vega eine Beziehung zum spanischen Innenministerium besteht, dieses aber auf eine Haftstrafe für die baskischen Politiker drängt. De Vegas Tochter hat eine Stelle im Sekretariat für Staatssicherheit inne, das der „Nummer 2“ des Innenministeriums, Marti Fluxa, untersteht. De Vega hatte Fluxa persönlich darum gebeten, seine Tochter einzustellen, und obwohl es offiziell im Sekretariat für Staatssicherheit keine freie Stelle gab, wurde de Vegas Tochter dort aufgenommen. Nach knapp zwei Stunden fiel die zuständige Gerichtskammer die Entscheidung, den Protest HBs zurückzuweisen, obwohl die Verbindung de Vegas zum spanischen Innenministerium offensichtlich ist. Der Prozeß gegen HB wurde dann auf den folgenden Montag (13. Oktober) vertagt.

Manfred Ostrowski

Kuba: Parteitag verspricht keine umwälzenden Änderungen

(Havanna, 8. Oktober 1997, pulsar-Poona). – Zu Beginn des V. Kongresses der Kommunistischen Partei hat die kubanische Regierung ihr Festhalten am sozialistischen System bekräftigt. Sie sprach

sich jedoch für eine schrittweise Öffnung der Wirtschaft Wirtschafts- und Planungsminister José Luis Rodríguez erklärte, der Staat werden in den kommenden Jahren seine Hauptrolle behalten und die stärkste Kraft der Wirtschaft bleiben.

Allerdings soll das Land dem Auslandskapital offener stehen und der Privatinitiative einen größeren, aber begrenzten Spielraum geben. Der Minister sprach von einem graduellen Wachstum der vom Staat unabhängigen Arbeit. Die kleinen und mittleren Privatunternehmen würden als nicht als die wichtigsten bei der Entwicklung des Landes angesehen.

Änderungen wird es beim Landbesitz geben. Die Mehrheit der staatlichen Böden wird an landwirtschaftliche Genossenschaften und etwa 60.000 private BäuerInnenfamilien übergeben werden.

Auf dem Kongress werden auch Maßnahmen zur Sanierung der internen Finanzen und weitere kleine Wirtschafts- und Finanzreformen beraten.

Brasilien: Anti-Cardoso-Allianz

(Mexiko-Stadt, 14. September, Poona). – Die beiden Spitzenpolitiker der Partei der ArbeiterInnen (PT) und der Demokratischen Arbeitspartei (PDT) kündigten ein Bündnis gegen die neoliberale Politik von Präsident Fernando Henrique Cardoso an.

„Nur eine Allianz der fortschrittlichen Kräfte kann den Neoliberalismus besiegen“, so Luis Inacio „Lula“ da Silva von

der PT während des Treffens mit Leonel Brizola.

Letzterer erklärte bereits jetzt seinen möglichen Verzicht zugunsten einer erneuten Präsidentschaftskandidatur von Lula bei den Wahlen von 1998. Er habe kein Problem damit, nur Vizepräsident zu sein, „wenn dies der dafür zu zahlende Preis ist, um die Einheit der Linken zu gründen“.

Lula sprach sich für ein noch größeres Bündnis aus. „Nur so können wir eine Politik überwinden, die mehr als die Hälfte der BrasilianerInnen an den Rand gedrängt hat und ohne Zugang zum Markt läßt“, sagte der ehemalige Metallgewerkschafter. Ideal sei eine Einheitskandidatur aller Kräfte, die gegen den Neoliberalismus sein. Dies schließe die kleinen und mittleren UnternehmerInnen ein, die Landlosen, die Gewerkschaften, die freien Berufstätigen und die StudentInnen ein.

Obwohl es in der PT zuletzt einige Skandale gegeben hat, ist Lula nach wie vor der populärste Oppositionskandidat, der als einziger Chancen hätte, erfolgreich gegen Cardoso anzutreten.

Dieser könnte derzeit den Umfragen nach dennoch mit seiner Wiederwahl rechnen. Die rechtlichen Hürden für eine erneute Kandidatur hat der amtierende Präsident Cardoso mit einer von Senat und Abgeordnetenhaus verabschiedeten Verfassungsreform inzwischen ausgeräumt.

Nicaragua/USA: US-Regierung droht

(Managua, 6. Oktober 1997, pulsar-Poona). – Die Vereinigten Staaten haben angekündigt, die Wirtschaftshilfe für Nicaragua zu kürzen, falls nicht auf die Forderungen der US-BürgerInnen eingegangen wird, deren Besitz unter der sandinistischen Regierung konfisziert wurde.

Botschafter Lino Gutiérrez versichert, zu dieser Maßnahme sähe sich sein Land „gezwungen“, wenn das zukünftige Eigentumsrecht die Situation der etwa 1.000 NordamerikanerInnen, die die Rückgabe ihres Vermögens einklagen, nicht berücksichtige. Er nannte aber keine Summe.

Die US-Gesetze sehen die Suspendierung von Finanzhilfen für die Länder vor, die im Streit mit BürgerInnen der Vereinigten Staaten wegen Eigentumsfragen liegen.

Die Sandinisten hatten nach dem Sieg ihrer Revolution den Besitz der Familie des Diktators Somozas und den seiner engsten MitarbeiterInnen beschlagnahmt. Darunter befanden sich auch viele US-BürgerInnen. Das nicaraguansiche Parlament wird in den kommenden Tagen ein Gesetz über das schwierige Thema diskutieren, um eine juristische Lösung zu finden. Im Vorfeld hat es eine Absprache zwischen Regierung und Sandinisten gegeben, so daß das Gesetz voraussichtlich eine Abstimmungsmehrheit finden wird.

(Zusammenstellung: hav)

Geschwister-Scholl-Preis 1997 für Ernst Klee

MÜNCHEN. Der Kulturausschuß beschloß, den mit 20.000 Mark dotierten Geschwister-Scholl-Preis 1997 an Ernst Klee für sein Buch „Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer“ zu vergeben.

Die Jury begründete den Vorschlag wie folgt: „Mit seinem Buch *Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer* knüpft Ernst Klee an seine bahnbrechenden Forschungen zur Euthanasie im ‚Dritten Reich‘ an. Nüchtern und zugleich akribisch genau dokumentiert er die entsetzlichsten Experimente, die im Namen medizinischer Forschung an wehrlosen Menschen vorgenommen wurden. Die Opfer waren vor allem KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene. Die Täter rekrutierten sich aus der Elite der deutschen Ärzteschaft. Die meisten konnten ihre Karriere nach 1945 ungestört fortsetzen.“

Ernst Klee hat in zahlreichen Archiven recherchiert und unbekanntes Material zutage gefördert. Er macht nicht nur die Täter im Ärztekittel namhaft, sondern auch ihre Auftraggeber und Förderer in der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Pharmaindustrie, den Forschungslabors und wissenschaftlichen Instituten von SS und Wehrmacht ...“

aus *Lokalberichte München*

Frauen im Konzentrationslager

PAPENBURG. Vom 19. Oktober bis zum 9. November zeigt das Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ) in Papenburg die Ausstellung „Schwestern vergeßt uns nicht“.

Das Thema: Frauen im Konzentrationslager: Moringen, Ravensbrück, Lichtenburg 1933 bis 1945. In der Ausstellung, die vom Studienkreis Deutscher Widerstand in Frankfurt/M mit Unterstützung der Lagergemeinschaft Ravensbrück erstellt wurde, wird die Geschichte der Frauen-KZ Moringen (1933–38), Lichtenburg (1937–39) und Ravensbrück (1939–45) vorgestellt. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen dabei Biographien von Frauen aus Deutschland und aus den von der Wehrmacht überfallenen Nachbarländern, die aus politischen Gründen, als Christinnen, Jüdinnen oder Zwangsarbeiterinnen inhaftiert wurden.

An einzelnen Beispielen wird das Schicksal von Frauen dargestellt, die Opfer pseudomedizinischer Experimente oder wegen verbotener Liebesbeziehungen zu KZ-Haft verurteilt wurden. Es wird auch an das tragische Los der Kinder im KZ Ravensbrück erinnert, an ihre geringen Überlebenschancen, die doppelte Fürsorge der Mütter und ihrer Kameradinnen und die glückliche Rettung des kleinen Kindes Guy Poirot.

Sowohl Einzelbesuchern wie auch Gruppen können bei einem Besuch der Ausstellung ergänzend verschiedene Filme mit Erinnerungsberichten ehemali-

ger weiblicher KZ-Häftlinge gezeigt werden.

DIZ, Wiek rechts 22, 26826 Papenburg
Tel. 04961/916306 Fax 04961/916308
Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag und
Sonntag von 10.00 bis 17.00 Uhr

Unterricht in Kurdisch

KÖLN. Vor Schulbeginn 1997/98 beschloß das Landesministerium für Schule und Weiterbildung in NRW den Muttersprachlichen Unterricht in Kurdisch (Kurmanci) stufenweise zunächst an Grundschulen (Klasse 1 bis 4), später bis Klasse 6 zu erproben. Zur Zeit wird nur in den Ländern Schleswig-Holstein und Hessen Kurdisch unterrichtet.

Die Verwirklichung dieses Rechts bedarf jedoch einer langjährigen Arbeit und vieler Bemühungen verschiedener kurdischer Institutionen, Gewerkschaften und auch Einzelpersonen, wie schon ein Blick in die „Leitlinien für NRW“ zeigt. Dort heißt es ausdrücklich, der muttersprachliche Unterricht in Kurdisch werde versuchsweise zugelassen. „Die Versuchsdauer bleibt zunächst offen“. Es wird pro Regierungsbezirk an einer Schule ein Angebot gemacht, die Lerngruppen müssen 15 kurdische Schülerinnen und Schüler umfassen, der Unterricht wird von Lehrkräften erteilt, „die bereits im Dienst des Landes stehen und mehrjährige Unterrichtserfahrung gesammelt haben“. Hürden, die erst einmal genommen werden müssen. Am Ende des Schuljahres 1997/98 wird das Lan-

desinstitut für Schule und Weiterbildung, das den Versuch in Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht begleitet, einen ersten Erfahrungsbericht vorlegen.

H.A.

Rechtskurs wie befürchtet

WEIKERSHEIM. Das „Studienzentrum Weikersheim“ bleibt auch unter seinem neuen Chef stramm auf dem Kurs am rechten Rand. Trotz aller beschönigenden Reden bei der Amtseinführung verfolgt Wolfgang Freiherr von Stetten den Filibinger-Kurs weiter.

Im Kursprogramm finden sich wieder die einschlägigen Themen und Referenten: Helmuth Knütter, ständiger Autor der Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“, die vom Düsseldorfer Verwaltungsgericht als rechtsextrem und ausländerfeindlich eingestuft wird; ebenso wie Heinz Magenheimer von der Landesverteidigungsakademie Wien, der wegen seines Buches „Der Eisbrecher – Hitler in Stalins Kalkül“ unrühmlich bekannt wurde, weil er darin angeblich die „drei Hauptthesen der deutschfeindlichen Kriegs- und Nachkriegspropaganda: 1. der deutschen Alleinschuld am Ausbruch des Krieges, 2. der Vergasung von sechs Millionen Juden und 3. dem Überfall auf die nichtsahnende und friedliebende Sowjetunion widerlegt“. Kritik an solchen rechtsextremen Lügen weist von Stetten als „falsche Interpretation“ usw. zurück.

Wie lange wird dieser braune Spuk von der Landesregierung noch toleriert und hofiert?



MANNHEIM. Am 2. Oktober, anläßlich des Tags des Flüchtlings, protestierten zehn Menschen vor und im Ordnungsamt in K 7, wo auch die Ausländerbehörde untergebracht ist, gegen die Abschiebungen von Flüchtlingen. In dem von ihnen verteilten Flugblatt steht u.a.: „Auch in Mannheim haben schon mehrfach Flüchtlinge versucht, sich vor drohender Abschiebung das Leben zu nehmen: Vor wenigen Tagen hat ein junger Georgier im Abschiebeknast einen Suizidversuch gemacht, vor einigen Jahren sprang ein Flüchtling, den die Schergen in der Ausländerbehörde in K 7 gerade festnehmen wollten, kopfüber aus dem Fenster und blieb lebensgefährlich verletzt auf dem Pflaster liegen... Auch in K 7 sitzen die Schreibtischtäter. Sie nehmen bei ihrer Abschiebep Praxis wissentlich Folter, Gefängnis und Tod der Abgeschobenen in Kauf!“

aus *Kommunal Info Mannheim*

3. Oktober 1997 in Stuttgart:

Der Widerstand konnte auf die Straße getragen werden



STUTTGART. Mit einer lauten und starken Demonstration erteilten zweieinhalb- bis dreitausend Leute der Einheitsfeier des Staates und der Konzerne am 3.10. eine deutliche Absage.

Das ist ein großer Erfolg, denn die Sache gestaltete sich schwierig. Im Frühjahr hatte eine „Antifaschistische Sozialkonferenz“ nach heftiger Debatte die Gegendemonstration zur Staatsfeier mehrheitlich beschlossen. Vor allem Leute aus dem SPD-Spektrum sprachen schon damals dagegen. Kurz davor zog sich dann die VVN zurück, zunächst ohne Begründung. Am Tag vor der Demo erhielten die Mitglieder per Brief die Erklärung, man habe sich nicht auf den Aufruf verständigen können, es sei aber freigestellt, sich trotzdem an der Demo zu beteiligen. Die VVN veranstaltete am Nachmittag eine Mahnwache gegen die deutsche Groß-

machtpolitik am Mahnmal für die Opfer des Faschismus. Es gibt Vermutungen, daß der DGB die treibende Kraft für den Rückzug aus der Demo war. Trotzdem kamen dann die Landesvorsitzende und andere bekannte VVN-Mitglieder zur Demonstration.

Obwohl nun nicht mehr das breite Bündnis der Sozialkonferenz der Veranstalter war, brachten die Antifaschistische Gruppe A², Rote Hilfe, ÖkoRote u.a. eine beachtliche Demonstration auf die Beine. Die Polizei verfolgte die Taktik Einschnüren, Einschüchtern und Isolieren. Sie bildete ein beidseitiges enges Spalier von Bewaffneten, Berittenen und Einsatzwagen. Die drohende Eskalation – weil zwei Leute die Schals vors Gesicht gezogen hatten („Vermummung“) hinderte die Polizei durch Pferdeinsatz am Weitemarsch – konnte verhindert werden. Bei einer Zwischenkundgebung am Eingang zur Fußgängerzone konnte die Demonstration ihre Anliegen auch vor einer größeren Zahl von Menschen vortragen.

Die staatliche Einheitsfeier mit Ex-US-Präsident Bush, Bundespräsident Herzog, Bundeskanzler Kohl u.a. war gesponsert vom Rüstungskon-



VVN – Bund der Antifaschisten:

Einheitsfeier kritisiert

Das Mahnmal für die Opfer des Faschismus wurde am 3. Oktober zur Bierniederlassung. Die VVN bezeichnete den Umgang mit der Gedenkstätte als „symptomatisch“ für den Geist der Stuttgarter Einheitsfeier. Anstatt die vier Quadersteine am alten Schloß, die einer zentralen Mahnung aus der jüngeren deutschen Geschichte Ausdruck verleihen, als wirkliches Denk-Mal in die Gestaltung des Bürgerfestes einzubeziehen, wurde es von den zuständigen Ämtern der Stadt Stuttgart zur Bierniederlassung umfunktioniert. So wurde es zum Symbol der Geschichts- und Realitätsverdrängung, die die gesamte Einheitsfeier in Stuttgart auszeichnete.

Mitglieder der VVN – Bund der Antifaschisten und anderer Organisationen verteilten Flugblätter an die Festbesucher. Ihr Inhalt: Angesichts der Zunahme rassistischer und nazistischer Gewalttaten und Propaganda und angesichts einer Rekordzahl von Arbeitslosen und grassierendem Sozialabbau gibt es sieben Jahre nach der „Wiedervereinigung“ in diesem Lande eigentlich nichts zu feiern. „Sozialabbau und Großmachtpolitik – dieses Mahnmal erinnert an die Folgen“ stand auf dem Transparent, das den vier Quadersteinen inmitten von Bierbänken wenigstens einige Stunden lang wieder ihre Bedeutung zurückgab.

Daß beim Aufspannen dieses Transparentes, nicht aber beim Aufbau der Bierbänke sofort mehrere Einsatzgruppen der Polizei auftauchten, illustriert ebenfalls die Mentalität der Festverantwortlichen. Es ist wohl der großen Beachtung, der Zustimmung und den vielen Diskussionsrunden unter den Festbesuchern zu verdanken, daß der Stadt Stuttgart die Peinlichkeit eines Polizeieinsatzes gegen die Wiederherstellung der Würde und des Zwecks des Mahnmals dann doch erspart blieb.

Inzwischen hat die VVN auch in einem Brief an den Oberbürgermeister gegen die Entwürdigung des Mahnmals anläßlich des Tags der deutschen Einheit protestiert.

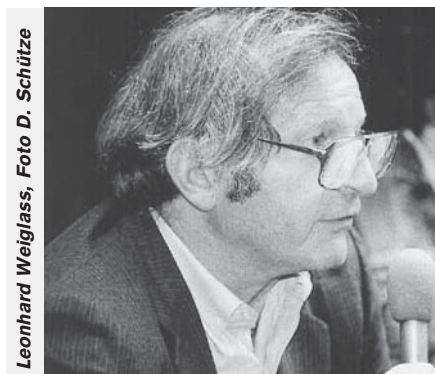
zern Daimler-Benz, der Deutschen Bank und der Bausparkasse Schwäbisch Hall, der Württembergischen Versicherung, Ratiopharm und der Dekra-Promotion. Den Samstagsmüttern, die jeden ersten Samstag im Monat gegen das Verschwindenlassen in der Türkei protestieren, wurde ihre Aktion am Schloßplatz selbst für den 4. Oktober nicht erlaubt. Die erwarteten 500 000 Besucher konnte das „Bürgerfest“ nicht anlocken, nur durch das kostenlose Konzert der „Scorpions“ am Abend kamen dann vielleicht 250 000 zusammen.

ulk

Freiheit für Mumia Abu-Jamal

NÜRNBERG. Am Mittwoch, 24.9.97, führten das Infobüro für die Freiheit der politischen Gefangenen international und die Regionalgruppe Nürnberg/Fürth/Erlangen der Roten Hilfe im Festsaal des „Komm“ in Nürnberg eine Solidaritätsveranstaltung für den afroamerikanischen Journalisten und Bürgerrechtler Mumia Abu-Jamal durch. Diese fand im Rahmen einer Rundreise zur Unterstützung der Solidaritätskampagne für Mumia statt. Neben Leonard Weinglass, einem engagierten Bürgerrechtler, der seit über 30 Jahren vorwiegend politische MandantInnen vertritt, darunter auch Mumia, waren etwa 100–120 BesucherInnen gekommen. Lydia Wallace, die ebenfalls angekündigte Schwester und Aktivistin der „Vereinigung der Freunde und Familie für Mumia Abu-Jamal“ war leider wegen Krankheit verhindert.

Die Veranstaltung wurde mit einem Film eingeleitet, der sich mit der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in USA, Gründung und Entwicklung der Black Panther Party sowie den rassistischen Unterdrückungsmethoden des weißen Machtapparates beschäftigte, der auch vor Mord nicht zurückschreckte, bis er sein Ziel, die Zerschlagung dieser Bewegung, erreicht hatte. Mumia selbst schildert dies darin anhand seiner persönlichen Entwicklung und Erfahrungen. Anschließend ging Weinglass auf die Umstände von Mumias Verhaftung, die



Leonard Weinglass, Foto D. Schütze

schikanösen Haftbedingungen sowie auf die rassistischen Praktiken der US-Justiz ein. Mit eindeutigen Zahlen und Beispielen belegte er deren Klassencharakter und wies nach, daß die Todesstrafe in USA immer mehr als Waffe der reichen, meist weißen Oberschicht gegen die unterprivilegierten und armen, meist schwarzen bzw. „farbigen“ Bevölkerungsschichten eingesetzt wird, um die bestehenden Machtverhältnisse zu zementieren. Er berichtete aber auch von der breiten, weltweiten Solidaritätsbewegung mit Mumia und verband dies mit der Hoffnung auf dessen Rettung. jüw



150 Jahre Siemens-Konzern

Zwangsarbeiter entschädigen!

KÖLN/BERLIN. 60 Leute demonstrierten am 2. Oktober auf der Venloer Straße in Köln anlässlich des 150jährigen Firmenjubiläums gegen den Siemens-Konzern: „Zwangsarbeiterinnen litten Qualen – Siemens soll jetzt endlich zahlen“ riefen die Teilnehmer und forderten die Entschädigung: „Konzerne verdienen an KZs. Wir fordern Entschädigung jetzt.“ Die Aktion begann um 15.30 Uhr, zu einem Zeitpunkt, wo die Beschäftigten von Siemens gerade Feierabend machten und mit ihren Autos um die Ecke bogen. Die Demonstration führte von der U-Bahnhaltestelle Piusstr. über den Gürtel bis zum Denkmal für die Edelweißpiraten.

Zu Beginn der Demonstration sprach eine Vertreterin der Frauen und Lesben-Gruppe. Auf einer Zwischenkundgebung auf der Venloer Straße erklärte Volker Adam für die VVN/BdA:

„Doch ein Zeichen der Betroffenheit gerade für die Opfer sucht man bei dem jetzt sein 150jähriges Jubiläum feiernden Konzern vergeblich. Diese Haltung ist umso zynischer, weil die Siemens AG wie andere Großkonzerne auch an eben jenen Opfern verdiente und ihre heutige herausragende Stellung in hohem Maße dem verbrecherischen NS-System verdankt.“

Denn in der NS-Zeit war Siemens der wichtigste Lieferant für elektrotechnische Rüstungskomponenten. Bereits 1937 verwendete das Unternehmen 85 % seiner Kapazitäten auf die Herstellung von Erzeugnissen, die direkt oder indirekt der Wiederaufrüstung dienten. Zwischen 1933 und 1944 stiegen die Umsätze um mehr als das fünffache ...“

Gegen die zentrale Festveranstaltung des Siemens-Konzerns in Berlin protestierten am 10. Oktober 1000 Menschen. Neben dem Protest der Internationalen

Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (kleines Bild unten) gegen den Siemens-Konzern, stand die Forderung nach der Entschädigung der über 60 000 Zwangsarbeiterinnen im Mittelpunkt der Demonstration. Die ehemalige Zwangsarbeiterin Waltraud Pläß sagte: „Man hat uns wie Tiere behandelt, und bis heute verweigert man uns die Entschädigung.“

Die Siemens-Konzernleitung behauptete, sich schon einmal an einer Entschädigung beteiligt zu haben. Das war aber vor 40 Jahren und da hatten nur die jüdischen Zwangsarbeiter eine kleine Entschädigung von ca. 3 000 DM erhalten. Rückendeckung bekam die Konzernleitung von Kanzler Kohl. jöd



Verbote gegen Studierende aus dem Ausland

HAMBURG. Bundesinnenminister Kanther hat mit seinen jüngsten „Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Ausländergesetz“, die in Bälde in Kraft treten sollen, neue Verschärfungen für Studierende aus dem Ausland in Gang gesetzt. U.a. sollen Studierende aus dem Ausland nur noch drei Monate in den Semesterferien arbeiten können, die Einreise- und Aufenthaltserlaubnis nur noch in Verbindung mit einer Bankbürgschaft erteilt, die Aufenthaltserlaubnis generell nur noch für ein Jahr erteilt werden, wobei die Ausländerbehörden die Studienfortschritte zu kontrollieren haben.

Gegen diese Verschärfungen protestiert ein bundesweites Treffen der AStA-AusländerInnenreferate, dessen Presseerklärung wir hier veröffentlichen:

„Ob als Informationsdrehscheibe, als Forschungszentrum oder als Weiterbildungseinrichtung, in vielfältiger Weise kann die Universität behilflich sein bei der Bewältigung neuer Herausforderungen. Wir würden uns freuen, die Forschungsabteilung Ihrer Firma zu sein, das Informationsarchiv Ihrer Einrichtung, die Weiterbildungsstelle Ihres Betriebes, und hoffen, daß sich der Dienstleistungskatalog zu einem nützlichen Hilfsmittel entwickelt, unser Leistungsangebot ‚im Dienste der Stadt‘ für Sie zu erschließen“, wie es in der Servicebrochure einer deutschen Universität nachzulesen war. Die Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland sollen vor allem für die Wirtschaft und deren Interessen ausbilden. Dies soll mit Managementstrukturen durchgesetzt werden, in der jede Form der demokratischen Mitbestimmung eliminiert oder auf „unwichtige“ Bereiche reduziert wurde. Wichtig für die marktwirtschaftlichen Interessen ist vor allem, daß wenige qualifiziert werden, die Mehrheit der Menschen nur sogenannte unqualifizierte Servicetätigkeit verrichten, so wie es in den USA bereits voll durchgesetzt ist.

Zur Zeit sehen die Regelungen vor, daß Ausländer, die sich zu einem Studium in der BRD bewerben, 400 Stunden Deutschunterricht nachweisen müssen, einige Semester ihres Wahlstudiums bereits absolviert haben müssen und eine Studienfinanzierung darlegen sollten. Die Möglichkeit eines Nebenverdienstes durch eigene Tätigkeit ist aufgrund der sogenannten Bevorrrechtungsregelung nicht mehr gegeben.

Ein großer Schritt hin zur Eliteuniversität ist die Durchsetzung eines sogenannten Ausländerstudiums, das vorsieht, ein Kurzstudium für Ausländer in englischer Sprache einzuführen. Dieses kann als Servicepaket für 1.500 DM monatlich gekauft werden, in dem Schlafen und Essen inbegriffen ist. Dies soll vor al-

lem dazu dienen, Ausländer nicht länger als notwendig in Deutschland zu „behalten“ und sie möglichst schnell wieder abzuschieben.

Zusätzlich plant die Bundesbehörde für Inneres weitere Verschärfungen, um nur noch Ausländern aus „wirtschaftlich dynamischen“ Ländern ein Studium in der Bundesrepublik möglich zu machen. Ein Ausländer soll nun nicht mehr zehn Jahre Zeit haben, ein Studium zu absolvieren, sondern die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis soll sich an der Durchschnittsstudiendauer orientieren, womit nicht berücksichtigt ist, daß für ausländische Studierende bereits viele Hürden im Studium vorhanden sind, die auf jeden Fall zu einer zeitlichen Verzögerung des Studiums führen. Verlängerungen der Aufenthaltserlaubnisse sollen sich daran orientieren, ob der Sachbearbeiter der Auffassung ist, daß derjenige Student überhaupt in der Lage ist, sein Studium im vorgeschriebenen Zeitraum zu absolvieren. Bei einer gegenteiligen Auffassung wird er abgeschoben. Und arbeiten sollen ausländische Studierende ohnehin nicht mehr neben dem Studium, sie sollen entweder Stipendien beziehen oder aus sozial gut situierten Verhältnissen kommen, um den „Deutschen“ nicht die Arbeit „wegzunehmen“. Und Ehegatten sollen nur noch nachziehen dürfen, wenn sie nicht aus

„Entwicklungsländern“ stammen.

Es liegt im Interesse der Bundesregierung, mit autoritären und restriktiven Maßnahmen Bildung und Wissenschaft der Marktverwertung zu unterwerfen. Mit Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Bereiche sollen die Menschen gesellschaftliche Probleme individualisieren und darüber in unmittelbare Konkurrenz gegeneinander treten.

Wir fordern daher das Bundesinnenministerium dementsgegen auf, alle Verordnungen zur Regulierung und Verschärfung des Aufenthaltes für ausländische Studierende fallenzulassen und vielmehr dafür Sorge zu tragen, daß Bildung nicht hinter die Errungenschaften der Bildungsreform der 70er Jahre zurückfallen und wissenschaftliche Qualifikation für alle Menschen zugänglich gemacht wird sowie wissenschaftliche Inhalte sich an gesellschaftlichen Problemen orientieren, um hierfür Lösungsmöglichkeiten erarbeiten zu können. Soziale Sicherheit und das Recht auf Arbeit müssen radikal umgesetzt werden. Nur so werden die Menschen im demokratischen Miteinander gesellschaftliche Probleme analysieren können und zur Überwindung der Krise beitragen.

Presseerklärung eines bundesweiten Treffens der AusländerInnenreferate vom 4.10.97 in Hamburg



BERLIN. Etwa 20 000 Menschen - Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Eltern, Erzieherinnen und Erzieher aus Kindertagesstätten - beteiligten sich am 2. Oktober an einem Sternmarsch „gegen den Kürzungswahn im Bildungsbereich“. Aufgerufen hatten die Landesschülervertretung, die GEW, und der Landeselternausschuß. Vor einem Jahr und im Februar dieses Jahres waren jeweils 20 000 Personen gegen die „Spar“-Politik des Berliner Senats auf die Straße gegangen. Der Senat will bis 1999 3 000 Lehrstellen einsparen. Folge ist schon jetzt ein Anstieg der Schülerzahl je Klasse um durchschnittlich 3 Schüler gegenüber 1990. Die Landesschülervertretung kritisierte die Abschaffung der Lernmittelfreiheit. Das verstärkte den Trend zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft im Bildungswesen. Eltern kritisierten außerdem die zum Teil katastrophalen hygienischen und baulichen Zustände an vielen Schulen. rül

„Diesem Spuk endlich ein Ende setzen“

Der PDS-Landtagsabgeordnete Steffen Dittes und der innenpolitische Sprecher des Landesvorstands der PDS, Carsten Hübner, protestierten am 12.10. gegen den Polizeieinsatz und die Verhaftungen und erkennungsdienstlichen Behandlungen:

„Wir fordern den Innenminister Dewes auf, den von ihm inszenierten Spuk endlich zu beenden. Allein die Gewahrsamsnahme und die anschließende Zuführung von über 300 Menschen von der sachsen-anhaltinisch-thüringischen Landesgrenze in die Gefangenensammelstelle in Unterwellenborn ist nichts weiter als eine rein willkürliche und politische Schikane, die offenbar dazu dienen soll, den martialischen Polizeieinsatz nachträglich in der Öffentlichkeit zu legitimieren. Mit dem eingeleiteten Verfahren wird der Rechtsanspruch auf anwaltliche Vertretung ganz objektiv

und bewußt mißachtet. Die Thüringer PDS protestiert aufs Schärfste gegen den in diesen Tagen stattfindenden, in jedem Maße unverhältnismäßigen und überzogenen Polizeieinsatz und die eingeleiteten Zwangsmaßnahmen.

Wir fordern, die sich noch in Gewahrsam befindlichen Jugendlichen unverzüglich freizulassen. Allein die Bedingungen in der ehemaligen JVA, das Nichtvorhandensein einer Heizung sowie die mangelnde Ausstattung mit Matratzen und Decken lassen den Verdacht aufkommen, daß es sich hier um Körperverletzung im Amt handelt. Bereits erwogene Anzeichen in dieser Richtung werden die Unterstützung der PDS finden.“

Dittes kündigte an, daß die Geschehnisse in Thüringen in den vergangenen zwei Tagen ein parlamentarisches Nachspiel haben werden.

11. Oktober in Thüringen

Dewes' Polizei schafft Chaos-Tage in Saalfeld

Der Versuch antifaschistischer Gruppen, von Gewerkschaftern, Grünen und PDS, der Ausbreitung faschistischer Strukturen im thüringischen Landkreis Saalfeld/Rudolfstadt durch eine „Demonstration gegen rechte Gewalt“ entgegenzutreten, ist durch das Verbot der Demonstration und einen massiven Polizeieinsatz, bei dem Innenminister Dewes ca. 7.000 Beamte einsetzte, zunichtegemacht worden. Dabei hatte noch kurz vor der geplanten Demo die Polizei in Heilsberg bei Rudolfstadt einen Treffpunkt der dortigen rechten Szene durchsucht und 60 Schlagstöcke, 300 Feuerwerkskörper, 60 Stichwaffen, 10 Wehrmachtshelme und mehrere Schreckschußpistolen beschlagnahmt – ein klares Zeichen, wie berechtigt die Demonstration gewesen wäre.

Angelo Lucifero von der LAG Antifaschismus / Antirassismus Thüringen, einer der Organisatoren der geplanten Demonstration, zog am 12. Oktober eine erste Bilanz:

Von Angelo Lucifero

Im Sinne einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung hatten der Saalfelder Bürgermeister Beetz (CDU) und der thüringische Innenminister Dewes (SPD) Saalfelder Chaostage durch die Anmeldung der Demonstration gegen rechte Gewalt herbeigeredet. *Chaos-Tage sind ausgeblieben!* Nicht, weil ein massives Polizeiaufgebot für Sicherheit und Ordnung ge-

sorgt hätte, sondern weil die übergroße Mehrheit der angereisten DemonstrantInnen ihre friedliche Absicht durch ihr Verhalten unter Beweis gestellt hat.

Die LAG Antifaschismus/Antirassismus kritisierte die Aussage des Thüringischen Innenministers Dewes scharf, der noch nach Aushebung des rechten Waffenlagers im gleichen Atemzug von „linken und rechten Chaoten“ sprach, die Thüringen gefährden würden.

Die AG wirft den Verantwortlichen im Landkreis Saalfeld/Rudolfstadt und in der Landesregierung vor, mit dieser und ähnlichen Aussagen ein Klima der Angst und Kriminalisierung geschaffen zu haben, das die Argumente für das Demonstrationsverbot selbst gelie-

fert hat. Mehr als 1.000 DemonstrantInnen, die angereist waren, weil sie nichts über das am Tag vorher erlassene Verbot erfahren hatten, übten bei ihren spontanen Aktionen in Jena, Erfurt, Leipzig und auf der A-9 keine Gewalt aus.

Trotzdem wurden mehr als 500 junge AntifaschistInnen im Sondergefängnis Unterwellenborn in Gewahrsam gebracht.

In den frühen Morgenstunden hatte bereits eine Sondereinheit der Polizei (USK) das alternative Jugendwohnprojekt in Saalfeld gestürmt. Legitimiert wurde die Stürmung mit vermutetem Drogen- und Sprengstoffbesitz.

Die Sondereinheit versuchte zunächst, über das Dach einzudringen. Nach dem Versuch, die Tür des Hauses zu sprengen, wurde diese aufgeschnitten. Die eingedrungenen Polizisten durchsuchten das ganze Haus und zwangen die BewohnerInnen und BesucherInnen, sich auf den Boden zu legen. Einem Hausbewohner wurde eine Pistole an den Kopf gehalten, anderen das Gesicht verdeckt, damit sie nicht in den Raum blicken konnten. 14 junge Erwachsene wurden in Gewahrsam gebracht und erst am Sonntag nach freigelassen. Eine Person ist immer noch in Haft. Gefunden wurde nichts, das die Stürmung des Hauses legitimiert.

Auf dem Bahnhof von Saalfeld wurden gegen 14 Uhr über 50 vornehmlich junge Leute aus den Zügen heraus festgenommen und ebenfalls in Unterbringungsgewahrsam gebracht. Augenzeugen berichten, daß sogar Hausschlüssel der Jugendlichen konfisziert wurden. Bei keinem der festgenommenen Jugendlichen seien gefährliche Gegenstände gefunden worden. Unter den Festgenommenen waren auch Unbeteiligte. Einziges Selektionskriterium war ein „linkes“ Aussehen, so daß unauffällig gekleideten Rechtsextremen der Zugang zur Stadt problemlos möglich war.

Der Fund schwerer Waffen bei den Neonazis beweist, wie notwendig die friedliche Demonstration in Saalfeld gewesen wäre.

Nach Verhandlungen mit BGS und Polizei konnten GewerkschafterInnen und Landtagsabgeordneten die Ankommen informieren, daß die Demonstration nicht stattfinden kann und sie zum Zug begleiten, um die Heimreise anzutreten.

Am Bahnhof Gera wurden ca. 60 Jugendliche, die zur Demonstration anreisen wollten, mit der vorgeschobenen Begründung, sie hätten im Zug randaliert, festgenommen.

In der Gefangenensammelstelle Unterwellenborn bei Saalfeld herrschen nach wie vor katastrophale Zustände. So wurden Minderjährige und völlig Unbe-



Polizei am 11. Oktober vor dem Jugendzentrum in Saalfeld, das als Nazitreffpunkt dient.

teiligte bereits seit Freitag früh festgehalten. Es fehlen Matratzen, Decken und Nahrungsmittel. Die Heizung des vor Jahren außer Betrieb genommenen Gefängnisses funktioniert nicht und eine Absicherung für den Fall eines Brandes ebenfalls nicht. Teilweise wurden Freigelassene in dem verkehrstechnisch abgelegenen Unterwellenborn ausgesetzt, was angesichts der agierenden Neonazis Körperverletzung im Amt darstellt.

Im Laufe des Tages fanden gegen das Verbot, die Vorgehensweise der Polizei und die unmenschliche Behandlung der Inhaftierten mehrere Spontandemonstrationen statt. So demonstrierten in Erfurt ca. 400 und in Jena ca. 100 Menschen friedlich. In Leipzig versammelten sich mehr als 500 Menschen. Der friedliche Ablauf dieser Aktionen untermauert die Absurdität der Vorwürfe gegen die „Demonstration gegen rechte Gewalt“.

Auf der BAB A-9 bei Osterfeld setzte die Polizei 8 Busse fest. Daraufhin blockierten ca. 400 Menschen die Autobahn. Statt die DemonstrantInnen, wie durch die Polizei zugesagt, nach Leipzig oder Jena weiterreisen zu lassen, wurden sie eingekesselt und in das Sondergefängnis Unterwellenborn gebracht.

Am Samstag nachts bzw. am Sonntag wurden alle Gefangenen bis auf einen Anmelder der verbotenen Demo und die in Osterfeld Verhafteten freigelassen.

Zur Zeit werden mehr als 300 Personen erkennungsdienstlich behandelt und den Schnellrichtern vorgeführt. Die Polizeibehörden wollen mit dieser Maßnahme erreichen, daß sie erst am Montag freigelassen werden. Es wird versucht, mit juristischen Mitteln gegen diese staatliche Willkürmaßnahme vorzugehen ... Die Ereignisse des 11. und 12.10. beweisen, daß die Gewalt von Neonazis und an vielen Stellen von der Polizei ausgeht.

Juristisches und politisches Nachspiel

Die Veranstalter der Demonstration verurteilen die eklatante Einschränkung des Demonstrationsrechtes und die Verletzung von Persönlichkeitsrechten und kündigen weitere juristische und politische Schritte an. Sie werden

- die Verbotungsverfügung im Hauptverfahren gerichtlich überprüfen lassen;
- juristische Schritte gegen die Polizeidirektion Saalfeld einleiten, die am Bahnhof Saalfeld ein „Betretungsverbot“ verteilen ließ, das die genaue Anschrift des Anmelders der Demonstration enthielt, der nachweislich seit Jahren Drohungen und Anschlägen durch Rechtsextreme ausgesetzt ist;
- umgehend in die Vorbereitung einer Demonstration gegen rechte Gewalt, den rechten Konsens und die Kriminalisierung von AntifaschistInnen eintreten. Alle Menschen in Thüringen, aber auch über die Landesgrenzen hinaus werden zur Diskussion eingeladen, damit in den nächsten Wochen in Saalfeld eine machtvoll und friedliche Demonstration durchgeführt werden kann.

KITA-ABBAU: Dresden.

Von 1991 bis 1997 sank der Anteil der Krippenkinder von 53 auf 21% und der der Kindergartenkinder von 93 auf 76% der in Frage kommenden. Gründe dafür sind neben der Geburtenentwicklung und dem Wegzug ins Umland auch soziale Faktoren, z.B. die massiv angestiegenen Elternbeiträge. Die Stadt will die Gesamtkapazität von derzeit 30682 auf 26385 Plätze abbauen. Die PDS fordert dagegen eine Entlastung der Familien.

SENDEANLAGEN: Geltendorf. Die Geltendorfer (Kreis Landsberg) haben in einem Bürgerentscheid mit 57,9 Prozent die Gemeinde aufgefordert, alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen, um Sendeanlagen im Gemeindegebiet zu verhindern. Das Bürgerbegehren hatte gesundheitliche Gefahren geltend gemacht. In der Gemeinde ist bereits ein Mobilfunk-Sender in Betrieb.

RASSISMUS: München. Als blanken Rassismus haben die bayer. Grünen den Vorschlag von Innenminister Beckstein (CSU) bezeichnet, wegen eines hohen Anteils von Ausländern unter kriminellen Jugendlichen künftig nur noch ausländische Kinder bis zu zehn Jahren ihren Eltern nach Deutschland nachfolgen zu lassen. Die SPD spricht von einer „verheerenden Politik gegen Ausländer und ihre Kinder“. Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte erklärte, angesichts der Ausländerpolitik in Bayern brauche man sich nicht zu wundern, wenn Jugendliche ins Abseits geraten.

VISUMSPFLICHT: Frankfurt/Main. Sechs bis acht Beamte muß die Ausländerbehörde seit Jahresanfang zusätzlich dafür bereitstellen, die von Innenminister Kanther zu verantwortende gesonderte Aufwandsentschädigung für Kinder und Jugendliche aus Nicht-EU-Ländern zu erteilen. Die Eltern müssen für diese Genehmigung 20 DM bezahlen.

GEGEN ZWANGSARBEIT: Essen. Am 1.10. nahmen 25 Vermittlungsberater ihre Tätigkeit in allen Sozialämtern auf. Ihre Aufgabe ist es, Bezieher von Sozialhilfe möglichst umgehend in Arbeit zu vermitteln – wenn es geht in Stellen auf dem 1. Arbeitsmarkt oder in „Arbeit statt Sozialhilfe“ (AsS)-Stellen, aber auch in dreimonatige „Vorschaltmaßnahmen“, in denen ihre „Arbeitswilligkeit“ geprüft wird. Während AsS-Stellen noch tarifähnlich entlohnt werden, bekommen Sozialhilfebezieher in den Vorschaltmaßnahmen nur 2 DM Aufwandsentschädigung pro Stunde. Wer sich weigert, zu diesen Bedingungen zu arbeiten, dem kann die Sozialhilfe bis auf Null gekürzt werden. Die Stadt will auf diese Weise den Anstieg der Sozialhilfeausgaben stoppen. Weil das Arbeits-

amt z.B. ABM kürzt, seien die Kommunen zunehmend gezwungen, Arbeitsförderung zu betreiben, so Sozialdezernent Heber. Schon richtig – aber eben Arbeitsförderung und nicht Zwangsarbeit!

9STÜNDIGER BERUFSSCHULTAG: Recklinghausen.

Für den Kreis-Schulausschuß am 19.11. stellen die Grünen einen Antrag, der die Schulministerin Behler (SPD) auffordert, die Genehmigung des Pilotversuchs „Neunstündiger Berufsschultag“ sofort zurückzunehmen. Zum einen sei die wissenschaftliche Begleitung des Versuchs nicht gesichert und es bestehe die Gefahr, daß die Ausbildung verschlechtert wird. Zum anderen würde die sog. Konsensvereinbarung nicht erfüllt, die neue Arbeitsplätze versprach. Für den Kreis Recklinghausen sind z.B. im Bereich KFZ-Gewerbe über 20 Ausbildungsverträge weniger zustande gekommen als im Jahr zuvor. Die Grünen fordern daher, daß vor einer erneuten Genehmigung konkrete und belegte Zusagen der Kammern bestehen, wieviel Ausbildungsplätze durch einen Versuch neu geschaffen werden.

MOBILITÄTSZULAGE: Nürnberg.

Die Bayer. Staatsregierung will wieder einmal „einmalig in ganz Deutschland“ wirken und eine Mobilitätszulage für Jugendliche schaffen. Damit sollen junge Leute aus Regionen mit wenig Lehrstellen (Augsburg, Schweinfurt, Nürnberg) in den südbayer. Raum gelockt werden. Die Berufsschullehrer bezeichnen dieses Vorhaben als „Totgeburt“. Ihr Vorsitzender Hermann Sauerwein erklärt: „Solche jungen Leute scheitern doch in einer für sie fremden Umgebung“. Das Geld wäre sicher besser für „wohnortnahe“ Vorhaben verwendet.

DROGENPOLITIK: München.

Bürgermeister Hep Monatzeder begrüßt, daß 70,4 Prozent der Schweizer in der Volksabstimmung für eine liberale Drogenpolitik stimmten: „Nur die Entkriminalisierung von schwerstabhängigen Suchtkranken und gezielte Hilfsprogramme bieten die Gewähr dafür, daß die Zahl der Drogentoten wie in der Schweiz auch bei uns zurückgeht, daß das Risiko von Infektionen verringert wird und die Beschaffungskriminalität ein Ende hat. Die Volksabstimmung in der Schweiz bestätigt uns darin, in München neben anderen gezielten Hilfen auch die sog. Fixerstuben für Schwerstabhängige einzurichten. Dieser Beschluß muß jetzt zügig in die Praxis umgesetzt werden. Allen, die in unserer Stadt mit einem Bürgerentscheid gegen unsere liberale Drogenpolitik drohen, haben die Volksabstimmung unserer Schweizer Nachbarn hoffentlich als letzten Warnschuß dafür gesehen, daß ein solches Bürgerbegehren auch in München scheitern wird.“

Zusammenstellung: baf

OSTSEE – „GEBIET DER SOLIDARITÄT“

Die Gewerkschaften im Ostseeraum wollen das starke Lohngefälle zwischen den Ländern der EU und den Staaten im Baltikum sowie Rußland abbauen. Sie trafen sich zur zweiten Ostseekonferenz in Wismar. Über die Entwicklung gemeinsamer arbeits- und tarifpolitischer sollten auch in den nordosteuropäischen Ländern soziale Grundstandards durchgesetzt werden, hieß es. „Der Ostseeraum mit seinen großen Entwicklungspotentialen darf nicht nur zu einem Raum der Wirtschaft werden, sondern auch zu einem Gebiet der Solidarität“, sagte der Landesvorsitzende des DGB von Mecklenburg-Vorpommern, Peter Deutschland, zum Auftakt der Konferenz. Etwa 60 Gewerkschafter und Arbeitnehmervertreter aus neun Ländern nahmen an dem eintägigen Erfahrungsaustausch teil. Mit der Festlegung konkreter Hilfsprogramme habe die Zusammenarbeit der Gewerkschaften im baltischen Raum eine neue Qualität erreicht, sagte der Generalsekretär des nordischen Gewerkschaftsrats Froyn. Man nehme nicht nur die Probleme des anderen zur Kenntnis, sondern organisiere direkte Hilfe.

Aus: Nadelstiche 10/97

BAYER AG: TEAMARBEIT OHNE ARBEITSPLATZSICHERHEIT. Hier die wichtigsten Ergebnisse einer Untersuchung des SOFI Institutes (Soziologisches Forschungsinstitut e.V. an der Universität Göttingen) über die Erfolge/ Mißerfolge der Probeläufe zur Teamarbeit in der Produktion bei der Bayer AG. In sechs Betrieben der Bayer AG wurden Probeläufe durchgeführt. In Leverkusen waren es der LPI/LPL Betrieb (LS-P) sowie der P-Ester Betrieb (AI-P). Die Umfrage unter den MitarbeiterInnen hat eine erhebliche Skepsis gegenüber der Teamarbeit ergeben. Auf die Frage: „Wenn Sie alles in allem betrachten: Sind Sie mit der Teamarbeit heute zufrieden?“ kam folgende Antwort: Ja=27, unentschieden=31, nein=43. Besonders kritisch wurde die Belastungssituation beurteilt, siebenundsechzig Prozent der Befragten haben angegeben, daß die Belastungssituation

sich verschlechtert hat. Das Arbeitsklima hat sich durch Teamarbeit für einen Großteil der Betroffenen verschlechtert, statt verbessert. (37% der Befragten geben an, das Klima hat sich verschlechtert. 34% sagen, es hat sich nicht verbessert). Bei der Zusammenarbeit mit den Vorgesetzten hat sich nichts bewegt (70% antworten mit „nicht verändert“). Auch die Fragen nach „Qualifiziertheit der Arbeit“, „Selbständigkeit in der Arbeit“ und „Abwechslungsreichtum der Arbeit“ beantworteten die Meisten mit „unverändert“. Nur ein Drittel beantwortete diese Fragen mit „verbessert“. Diese Einzelaussagen erhärten die oben genannte Gesamtbeurteilung. Am Ende wurde die Frage gestellt: „Wären Sie auch in Zukunft bereit, in Teamarbeit zu arbeiten?“ Diese wurde trotz der erheblichen Kritik von 61 Prozent mit „Ja“ beantwortet. Diese verhältnismäßig positive Antwort, mag manche verwundern. Wir sehen sie als eindeutiges Signal, daß die MitarbeiterInnen ein großes Interesse haben, selbständiger zu arbeiten und sich einzubringen. Andererseits sind sie aber nicht bereit: sich selbst weg zu rationalisieren, weitere Arbeitsverdichtung durch Übertragung zusätzlicher Aufgaben zu akzeptieren und damit in Folge anderen Mitarbeitern die Arbeitsplätze weg zu nehmen. Der Abschlußbericht des SOFI-Institutes bringt diese Haltung der Mitarbeiter deutlich zum Ausdruck, so heißt es dort: „Aus unseren Gesprächen wissen wir: In den Betrieben blieb bis heute viel Verunsicherung und Sorge, daß auch das Profiteam-Projekt zwar unter anderen Vorzeichen auftritt, letztlich aber ebenfalls nur auf Personalabbau hinauslaufen und gegen die Beschäftigteninteressen gerichtet sein könnte. Das Mißtrauen wird zusätzlich genährt durch die politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen, d.h. insbesondere die wachsende Arbeitslosigkeit, die Standortdebatte und die Diskussion um die neue Sparpolitik der Bayer AG. Ein vorbehaltloses Mitspielen war dadurch erschwert.“ An anderer Stelle des Berichtes steht folgende wichtige Aussage:

„Alle Beteiligten sollen sich als aktive Mitspieler, ... verstehen. Das kann nur gelingen,

wenn sich auch die Mannschaften vom Projekt Verbesserungen versprechen.“ Diese Aussage ist für uns ganz entscheidend, ohne Verbesserungen für die Beschäftigten wird Teamarbeit nicht funktionieren.

Aus dem Oktober-Flugblatt der Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit bei Bayer Leverkusen

ABGRUPPIERUNG BEI DER BAYER AG:

Die Bayer AG hat mit dem Betriebsrat Gespräche über ein neues Analytikkonzept aufgenommen. Mit diesem Konzept will sie durch Einsparungen in den untersuchten Bereichen über 900 Mitarbeiter abbauen. Als Folge der Standortvereinbarung wird inzwischen mit dem Betriebsrat über die Überprüfung aller tariflichen Eingruppierungen verhandelt. Die Firmenleitung ist der Ansicht, daß die meisten Bayer-Beschäftigten zu hoch eingruppiert sind. Aufgrund der Standortvereinbarung gibt es zur Zeit Verhandlungen über „Flexiblen Personaleinsatz“. Dieses Thema war vor einem Jahr schon mal als „Servicepool“ auf der Tagesordnung. Die Bayer AG plant, Mitarbeiter deren Arbeitsplatz entfällt, in einen Mitarbeiterpool zu stecken und konzernweit hin und her zu schieben. Versetzungen innerhalb von 100 km sollen zumutbar sein, die Zumutbarkeit soll sich auch auf nicht gleichwertige Arbeitsplatzangebote erstrecken. Diese Beispiele zeigen, daß der Vorstand mit den Zugeständnissen aus der Standortvereinbarung noch lange nicht zufrieden ist.

Aus dem Oktober-Flugblatt der Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit bei Bayer Leverkusen

GEW-KUNDGEBUNG:

Die GEW Hessen ruft zu einer Protestkundgebung am 16. Oktober ab 16 Uhr vor dem Landtag in Wiesbaden auf: „Noch immer keine Verhandlungen über das Programm der GEW für Bildung und Beschäftigung ... 10000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf unserer Streik-kundgebung am 1. Juli auf dem Frankfurter Römerberg haben bewiesen, daß hessische Lehrerinnen und Lehrer bereit sind, sich gegen die Bildungspolitik der hessischen Landesregierung zur Wehr zu setzen. Die

Versuche des Kultusministers, uns als uneinsichtige, privilegierte Beamtinnen und Beamte und ‚Verführer‘ der Eltern und Schülerschaft zu diffamieren, waren erfolglos ... Das Schuljahr 1997/98 zeigt, daß durch Arbeitszeitverlängerung die bestehenden Probleme nicht gelöst werden können. Trotzdem plant die hessische Landesregierung schon weiteren Stellenabbau und Gehaltskürzungen ...“

Frankfurter Lehrerzeitung, 9/1997

STEUERVORTEILE:

Ende September ließ die Triumph Adler AG (TA) verbreiten, daß das Schreibmaschinenwerk in Frankfurt-Griesheim geschlossen und die 90 Mitarbeiter mit ihrer Entlassung rechnen müssen. Die IG Metall vermutet, daß der eigentliche Grund für die Schließung nicht die Verluste im Schreibmaschinengeschäft sind, sondern daß die Holding der TA AG andere Wege gefunden hat, den Verlustvortrag weiter steuerlich zu nutzen, ohne Schreibmaschinen zu produzieren. Jedenfalls verzeichnete die AG in den letzten Jahren schwarze Zahlen. Die Dividende erhöhte sich seit 1991 kontinuierlich. Im ersten Halbjahr 1996 erwirtschaftete das Werk in Griesheim noch einen Umsatz von 54 Mio. DM. Der Einbruch 1997 hing maßgeblich damit zusammen, daß eine Vertriebsvereinbarung mit Olivetti nicht verlängert wurde. Bereits 1991, als der damalige Hauptaktionär Olivetti die Schließung des Werks im Gallus ankündigte und eine politische Bewegung die Übersiedlung nach Griesheim erreichen konnte, war es vor allem die Produktion von Laptops und Notebooks, die sich krisenhaft entwickelte. Für die elektrischen Schreibmaschinen mit Bildschirm dagegen existierte ein Markt. Der eigentliche Grund für die Entwicklung dürfte daher darin liegen, daß die jetzigen Eigner der TA nie ein wirkliches Interesse daran hatten, die Produktion und den Vertrieb zu entwickeln. Ihnen ging es um die Steuervorteile durch die Verlustvorträge. In gewissem Sinn setzten sie die Geschäftspolitik des Olivetti-Konzerns fort, der die Produktion einem immensen Grundstücksgeschäft im Gallus geopfert hatte.

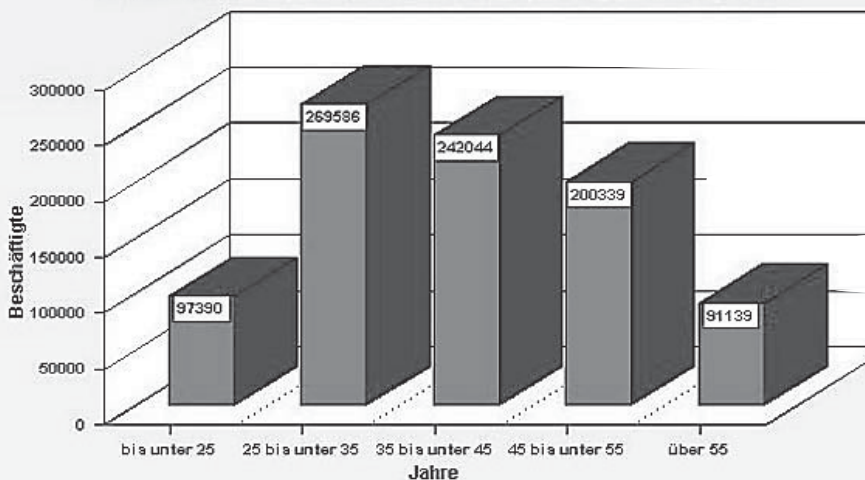
(Frankfurter Info)

Zusammenstellung: alk

Nachtrag zum Tarifabschluß Altersteilzeit Metall Echte Chance verschenkt!

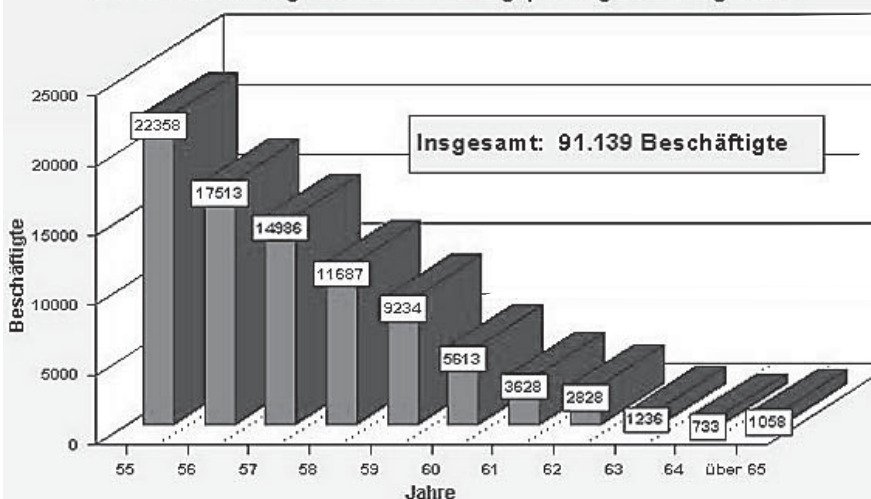
Altersverteilung in der Metallindustrie

Baden-Württemberg - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1995



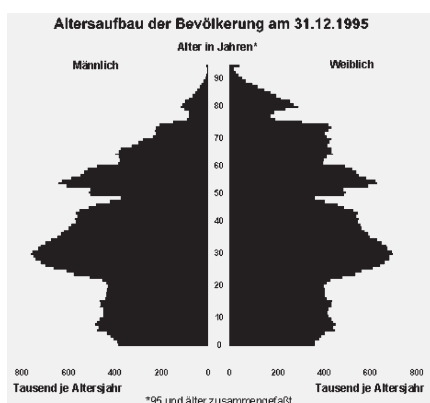
Altersverteilung ab 55 Jahre in der Metallindustrie

Baden-Württemberg - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1995



Obenstehende Schaubilder, erstellt von der IG Metall Baden-Württemberg, geben zunächst einmal einen Eindruck, wie brutal die Kapitalisten dieser Branche ihre Personalpolitik zur Optimierung der Ausbeutung betrieblich haben. Verglichen mit dem Altersaufbau der Bevölkerung – nebenstehende Grafik des Statistischen Bundesamtes gibt sie ebenfalls für 1995 wieder (Gesamt-BRD, Baden-Württemberg dürfte nicht stark abweichen) – ist die Altersklasse der 50 bis 60-jährigen bei den Beschäftigten der Metallindustrie bei weitem unterrepräsentiert – Ergebnis einer jahrelangen Einstellungs- und Entlassungspolitik.

Weiter ist sichtbar, daß der Tarifabschluß Altersteilzeit den Kapitalisten nicht allzu weh tut – die Zahl der Beschäftigten über 61 Jahre, die einen (eingeschränkten) Rechtsanspruch auf Altersteilzeit erhalten hat, ist mit knapp unter 10.000 Personen relativ klein, zu-



mal wiederum nur ein Prozentsatz früher in Rente gehen will. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind daher wahrscheinlich auch eher gegen Null anzunehmen. Bei den übrigen rund 80.000, für die der Tarifvertrag gilt, haben sich bekanntlich die Betriebe die Auswahl vorbehalten.

alk

Freudenberg-Konzern:

Erpressung geglückt!

Wir berichteten über die Auseinandersetzungen um den Versuch der Konzernleitung, bei den Freudenberg-KG den Einführung der regelmäßigen Wochenendarbeit durchzusetzen.

Besonders rücksichtslos und menschenverachtend trat hier die „Führungsriege“ der Freudenberg Dichtungs- und Schwingungstechnik KG (FDS; Simrit) in Erscheinung, die auch schon im Zweigwerk Reichelsheim in eindeutig *gesetzwidriger* Weise die *tarifvertragswidrige* Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 37 auf 40 Stunden *ohne Bezahlung* durchgesetzt hatte; außerdem erpreßte sie sich dort zusätzliche 6 unbezahlte Samstage.

Im Weinheimer Zweigwerk von DS sollte nun nachgelegt werden: Hier ging man zwar nicht so weit, direkt unbezahlte Arbeitszeit zu verlangen. Jedoch regelmäßige Wochenendarbeit ohne die bisherige Freiwilligkeit und ohne Überstundenprozente sollten auf Biegen und Brechen durchgesetzt werden.

Nachdem der dortige Betriebsrat zunächst klargelegt hatte, daß mit ihm freiwillig keine tarifvertragswidrige Arbeitszeitregelung zu treffen ist, griffen die „ehrenwerten“ Herren der DS-Leitung zu aus Mafia-Filmen nur allzubekannten Methoden:

Üble Erpressung ... Zunächst wurde der Belegschaft und dem Betriebsrat gedroht, bestimmte neue Investitionen und einige schon in Produktion befindliche Artikel würden verlagert werden, bzw. würden an anderen Standorten anlaufen.

Dies führte jedoch noch nicht gleich zum gewünschten Ergebnis. Sowohl die Belegschaft als auch der Betriebsrat hielten dagegen. Also wurden die Drohungen massiver. Mit Aushängen in den betroffenen Abteilungen wurde angekündigt, daß jetzt Verlagerungen vorgenommen werden müßten, da der Betriebsrat die Schichtmodelle immer noch ablehne.

In sogenannten Mitarbeitergruppen-gesprächen wurden die Kolleginnen und Kollegen massiv unter Druck gesetzt und es wurde ihnen ganz offen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes gedroht.

... und *üble Methoden*: Offensichtlich langfristig geplant, wurde – ohne Mitteilung an den Betriebsrat – eine Versammlung durchgezogen. Für diese Versammlung hat man dann besonders treu ergebene Beschäftigte (vorwiegend Angestellte aus Bereichen fern der Produktion) offensichtlich angestachelt, gegen die Gegner der Wochenendarbeit Stimmung zu machen.

Einzelne Betriebsräte wurden persönlich angegriffen und diffamiert. Dr.Rapp,

➔ oberster Scharfmacher in Sachen Wochenendarbeit, legte konkret vor, welche Produkte jetzt „wegen der Weigerung des Betriebsrats“ verlagert werden.

Tags darauf gingen Gerüchte um, erste Maschinen würden schon abgebaut. Auf jeden Fall war (offenbar schon eine ganze Zeit vorher!) die Entscheidung zur Verlagerung der Teile tatsächlich schon gefallen. Das Ganze sollte wohl nur noch zusätzlich dazu genutzt werden, den Betriebsrat und die Belegschaft kleinzu-kriegen!

Ergebnis dieses ganzen Kesseltreibens war dann eine Unterschriftensammlung von betroffenen Kollegen, die – aus Angst um ihren Arbeitsplatz – den Betriebsrat aufforderten, die vom Betrieb vorgelegte tarifvertragswidrige Betriebsvereinbarung abzuschließen.

Aufgrund dieses massiven und in dieser abscheulichen Form in den Weinheimer Werken noch nicht dagewesenen Druckes sah der BR keine andere Möglichkeit mehr, als dieses Machwerk zu unterschreiben. Damit ist zumindest bis zum Jahresende regelmäßige Samstagsarbeit – allerdings für einen zahlenmäßig relativ kleinen Bereich – verankert.

Tarifvertrag ausgehebelt

Ergebnis ist jetzt auch in Weinheim eine Betriebsvereinbarung, die den bestehenden Manteltarifvertrag aushebelt.

Man muß sich jetzt fragen, was von den Unternehmern unterschriebene Tarifverträge noch wert sind. Rechtlich ist diese Vereinbarung ungültig, da sie die Betroffenen schlechter stellt als im Tarifvertrag geregelt. Aber in der Praxis hat sie offensichtlich Bestand. Sie soll für die Zukunft das freie Wochenende für die gesamte DS-Belegschaft und für alle Freudenberg-Belegschaften endgültig vom Tisch bringen.

Sie ist eine schwere Niederlage, nicht nur für die Simrit-Belegschaft und ihren Betriebsrat, sondern auch für die Belegschaften der anderen Freudenberg KGn.

Vor allem wirkt sie sich auch auf die derzeitigen Verhandlungen über die Arbeitszeitregelungen im Manteltarifvertrag aus: Dort nämlich werden Regelungen und Öffnungsklauseln gefordert, die exakt das Vorgehen bei Simrit Reichelsheim und bei Simrit Weinheim legalisieren sollen. Und die sollen bei den Tarifvertragsverhandlungen im Oktober durchgesetzt werden – die Positionen innerhalb der Gewerkschaft hierzu sind – gelinde gesagt – unsicher.

Solchem Vorgehen der Unternehmerverbände und der Gesellschaften des Freudenberg-Konzerns – offensichtlich gut abgestimmt – können Belegschaften und Betriebsräte nur dann begegnen, wenn sie gewerkschaftliche Strukturen schaffen, die es den Konzernen verunmöglichen oder doch erschweren, Belegschaften an den verschiedenen Konzernstandorten gegeneinander auszuspielen.

HS

(aus Gegenwind, Weinheim)



Am 8. Oktober demonstrierten rund 40000 Beschäftigte der Post AG in Bonn gegen den Entwurf des Postgesetzes. Aufgerufen hatte die Postgewerkschaft. Redner waren Johannes Rau (NRW-Ministerpräsident), Kurt Haaren (DPG), Dieter Kelp (Pfarrer Rheinhausen), Margret Moenig-Raane (HBV-Vorsitzende) sowie der Generalsekretär der britischen Communication Workers (Kommunikationsgewerkschaft) Tony Young. Die Bundesregierung will allerdings an ihren Plänen zur Aufhebung des Briefmonopols, die vermutlich den Abbau von Tausenden Arbeitsplätzen bei der Post AG zur Folge haben, festhalten.

Jugendzukunftskongreß der IG Metall

„Wer, wenn nicht wir?“

Unter diesem Motto fand vom 2.–5.10. in Sprockhövel eine Arbeitstagung der IGM-Jugend statt.

Sie trug den Titel: „IG-Metall-Jugend für eine andere Politik“. Eigentlich sollte es der erste Jugendzukunftskongreß der IGM-Jugend werden. Raum zur politischen Beratung für eine inhaltliche und programmatische Ausrichtung wurde für notwendig befunden. Die Tatsache, daß Gewerkschaftstag und Personengruppenkonferenzen nur noch alle vier Jahre stattfinden, die JAV-Wahlen aber im zweijährigen Zyklus bleiben, macht eine solche Beratung zwischen den Jugendkonferenzen ebenfalls sinnvoll. Doch traf der Wunsch, einen Jugendzukunftskongreß abzuhalten, bei Teilen des Vorstandes sowie bei der Grundsatzabteilung nicht auf Gegenliebe. Zukunftsfragen und Zukunftsausrichtung sind halt Aufgabenbereiche letztgenannter Abteilung. Natürlich stieß diese Position auf Protest, führte zum weiteren hartnäckigen Benutzen des ursprünglichen Titels und bildete einen Mobilisierungsfaktor für die Arbeitstagung.

Die Arbeitstagung selbst gestaltete sich aus einer Mischung von Podiumsdiskussionen unter Einbeziehung der ganzen Konferenz und Forenphasen, in denen inhaltliche Beratung, oft unter Zuhilfenahme von Thesen, sowie Aktionsplanung vorgenommen wurde. Mobilisierung für eine andere Politik, Schaffung anderer gesellschaftlicher Mehrheiten, verbunden mit eigener Aktionsplanung war somit eine wesentliche Ausrichtung der Arbeitstagung.

Aktion: „Deine Einstellung zählt – wer nicht ausbildet soll zahlen!“

Die erste Podiumsdiskussion fand statt

unter dem Titel: Mut zur Zukunft. Es war eine Selbstreflexion über den Stand der IG-Metall-Jugend, insbesondere über ihre Aktion „Deine Einstellung zählt – wer nicht ausbildet soll zahlen!“. Die letzten zwei Jahre war dies der Schwerpunkt, immer verbunden damit, Bündnisse in der eigenen Gewerkschaft, aber auch mit anderen Jugendorganisationen, mit anderen DGB-Gewerkschaften herzustellen. Eine Aktion, die sich mit der Forderung, ein Gesetz über eine Umlagenfinanzierung zu verabschieden, auch an den Staat richtet.

„Ist die Solidarität noch zu retten?“

Die zweite Podiumsdiskussion hatte den vielsagenden Titel, „Ist die Solidarität noch zu retten?“ Bleibt die Jugend in einer auseinanderfallenden Gesellschaft auf der Strecke? Klaus Zwickel nahm an diesem Podium teil. Zentrum der Auseinandersetzung von Seiten der Jugend war eine Abarbeitung an Reformüberlegungen zur Organisationsentwicklung der IG Metall.

In der Diskussion: zentrale gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Problemstellungen

Zu den Foren selbst: In sieben Foren wurden unter folgenden Titeln zentrale gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Problemstellungen und Lösungsüberlegungen der IG-Metall-Jugend diskutiert.

1. Zukunft der IG Metall – nur mit der Jugend machbar.
2. Wer nicht ausbildet muß zahlen – Jugend braucht Zukunft.
3. Übernahme und Beschäftigungsperspektiven für die Jugend.
4. Für eine Reform der Bildungspoli-

tik, die der Jugend Zukunft gibt.

5. Tarifpolitik mit der und für die Jugend weiterentwickeln.

6. Soziales Bündnis – der Generationenvertrag zwischen Jung und Alt.

7. Zukunftsfähiges Deutschland – Voraussetzungen für eine lebenswerte Welt.

Alle Foren endeten mit konkreten Vorschlägen für Aktionen, für Vorgehensweisen im Betrieb und für Einmischungsmöglichkeiten in die Politik der gesamten Organisation.

Zukunftsfähiges Deutschland – Voraussetzungen für eine lebenswerte Welt

Kleiner Einblick in das Forum sieben: Die eigene Positionierung wurde in diesem Forum entlang von kritischen Thesen zum gesellschaftspolitischen Diskurs vorgenommen. Hier ein Blick darauf.

– Die Verteilungsfrage. Das deutsche Kapital kämpft um einen Spitzenplatz auf dem Weltmarkt. Kosten der Sozialversicherungssysteme sowie für die Arbeitskraft werden ins Verhältnis zu Wettbewerbsvorteilen gestellt.

– „Standortwettbewerb belebt das Geschäft“ – somit Unterordnung der Arbeits- und Lebensbedingungen unter die Maximen der Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen.

– Aber auch das Rüstungsgeschäft wird belebt. Entscheidung für das Eurofighterprogramm bei gleichzeitigen Einschnitten ins Netz der Sozialversicherungssysteme. Besonders erschwerend in dieser Diskussion ist die Verbindung zu Arbeitsplätzen, die auch an Rüstungsprogrammen hängen.

– Eine ökologische Priorität gerät völlig ins Hintertreffen, da sie sich im Standortwettbewerb der Ökonomie unterordnen soll.

– Die Auseinandersetzung um mehr Demokratie, um Demokratie überhaupt, ist ineffizient. Auf der Strecke bleiben alle, die sich nicht auf die Gewinnerstraße retten können.

– Somit passen sich immer mehr Menschen, immer mehr Jugendliche, den Leistungskriterien an. Es wird versucht, eine individuelle Absicherung durch Abgrenzung nach unten vorzunehmen.

– Wir brauchen erfahrbare Alternativen von Marktradikalität, zum Neoliberalismus, gegen ungebremstes Wachstum, ungerechte Verteilung und für Beschäftigungspolitik. Das Konzept der Solidarität dem Konkurrenzprinzip entgegenstellen.

Um diese Thesen kreiste die Diskussion, wurden die Politik und die Ausrichtung auch der eigenen Gewerkschaft kritisch beleuchtet und Positionen formuliert.

Wir können nicht gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge „Kerngeschäften“ zum Opfer fallen lassen

Internationale Solidarität muß Politik von Gewerkschaften werden und der IGM-Jugend bleiben. Wir können nicht gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge

ge „Kerngeschäften“ (Organisationsentwicklungsprojekt der IGM) zum Opfer fallen lassen. Wachstumskritik und Kritik an Beschäftigung um jeden Preis muß beachtet werden, gerade vor dem Hintergrund von Arbeitszeitpolitik, die sich an mehr Beschäftigung ausrichtet. Die abschließende Beratung des Aktionsprogramms entwickelte sich eher zu einer Präsentation von Handlungskonzepten und Aktionsideen. Ausgerichtet an bzw. auf die Konferenz zur Arbeitszeitpolitik (November 1997), DGB-Jugendkonferenz (Februar 1998), Einmischung in die BR-Wahlen mit Jugendforderungen (Frühjahr 1998), Formulierung eigener tarifpolitischer Überlegungen, Überlegungen für ein Aktionsfestival für eine andere Politik in Berlin (September 1998), Vorbereitung der JAV-Wahlen (Herbst 1998) und der 18. Jugendkonferenz der IGM im ersten Quartal 1999.

Selbstvergewisserung einerseits, Repräsentanten und Spezialisten andererseits

In gewisser Weise wurde auf der Konferenz deutlich, wie sie aufgrund der gewählten Arbeitsweise in zwei Teile zerfiel. Waren die Foren von Selbstvergewisserung, Diskussion und dem Ringen um Aktionen und ihre Ziele unter den Jugendlichen geprägt, erwiesen sich die Podiumsdiskussionen teils als Veranstaltungen, in denen durch Repräsentanten und Spezialisten orientiert und vereinheitlicht werden sollte.

So wurde in der Podiumsveranstaltung „Jugend in der Deutschland GmbH & Co. KG“ von Arthur Fischer (Jugendwerk Shell-Studie) eine spezifische Sicht von Jugend vorgetragen. Sie habe eine Abneigung gegen überkommene Politikvorstellungen, sei nicht unpolitisch, betrachte sich selbst aber nicht als politisch. Engagement entwickle sich nur außerhalb von Parteien und Großorganisationen. Langfristiges Engagement sei nicht angesagt, Gewerkschaften müßten sich auf temporäre Zusammenarbeit in Projekten einstellen, wollten sie einen Zugang zu Jugendlichen erhalten oder aufbauen. Orientierung: die Jugendarbeit von Greenpeace. Dies rief vor allem hauptamtliche Metaller auf den Plan, die u.a. darauf verwiesen, Gewerkschaften verfolgten ein ganzheitliches Programm, in dessen Zentrum die Gerechtigkeitsfrage stehe und die auf der betrieblichen Ebene spezifische Aufgaben vorfänden, die sich nicht einfach aus selbstgewählten Projekten ergäben. Auch langfristiges Engagement, Strukturen und Großorganisationen seien weiterhin nötig.

Jugendliche beteiligten sich kaum an der Diskussion. Unabhängig, wie man zu den jeweils vorgebrachten Auffassungen steht, taucht das Problem auf, daß zwischen einerseits den Wissenschaftlern und andererseits den hauptamtlichen Gewerkschaftern, sozusagen als Vertretern zweier Felder im gesellschaftlichen Kampf um eine Definition/Konstruktion von Jugend gerungen wird, die zur poli-

Forum Tarifpolitik

Eine zentrale Forderung der IGM-Jugend ist die Demokratisierung der Tarifpolitik in der IG Metall. Das bedeutet, daß die Jugend hinreichend repräsentiert sein will, in den Tarif- und Verhandlungskommissionen und dort wahr- und ernstgenommen werden will.

Einige konkrete Forderungen sind die unbefristete Übernahme in ein Vollzeitarbeitsverhältnis im erlernten Beruf, das frühestens nach 12 Monaten kündbar ist. Weiter: für den Berufsschulunterricht die bundesweite Durchsetzung der Position im GMTV, daß die jeweilige Berufsschulzeit Arbeitszeit für den jeweiligen Tag ist. Die Beibehaltung des zweiten Berufsschultages und die Rücknahme der Änderung zum § 9 Abs. 4 des Jugendarbeitsschutzgesetzes, wonach die Auszubildenden ab 18 Jahren bei einem Berufsschultag bis sechs Stunden nachher in den Betrieb müssen.

Desweiteren die alte Forderung nach einer existenzsichernden Ausbildungsvergütung, was konkret heißt: 50%ige Anbindung an die Facharbeiterrecklohngruppe.

Es darf keinen Verzicht im Zusammenhang mit dem Versprechen von mehr Ausbildungsplätzen geben. Ziel bleibt in diesem Punkt die gesetzliche Umlagefinanzierung.

Außerdem darf es keine Einstiegslohne geben – gleiches Geld für gleiche Arbeit. In dem wichtigen Punkt der Arbeitszeitverkürzung wird dafür plädiert, die wöchentliche Arbeitszeit um drei Stunden in Ost und West zu reduzieren. Wobei dieser letzte Punkt in der Diskussion umstritten war, da verschiedentlich befürchtet wurde, daß bei Durchsetzung der Forderung die Qualität der Ausbildung leiden könnte.

tischen Orientierung der und auf die Jugend führen soll, Jugend aber aufgrund der gewählten Form ausschließt.

„Rot-Grün statt schwarzärzern?“

In der letzten Podiumsdiskussion („Rot-Grün statt schwarzärzern?“) wurden sehr unterschiedliche Positionen deutlich. Natürlich gab es überzeugte Stimmen, die zur Wahl der SPD, zur Wahl von SPD und Grünen aufriefen. Deutlich wurde aber auch an der Politik von Gerhard Schröder Kritik geübt. Weiter: wenn schon von rot/grün die Rede sei, müsse die PDS ebenfalls erwähnt werden, müssen die Erfurter Erklärung und die Positionen der PDS betrachtet werden. Vorbehalt und Nachdenklichkeit gegenüber der Ausrichtung auf eine Partei, war zu beobachten, und viele Stimmen, die betonten, daß Programm, Positionen und eigene Politikvorstellungen entscheidender seien, als die Orientierung auf eine Partei.

brk, jes, rog

Rolf Köhne:

Starkes Votum der nds. PDS für eine Beteiligung an den niedersächsischen Landtagswahlen

Die Landedelegiertenkonferenz der PDS Niedersachsen hat gestern mit deutlicher 2/3-Mehrheit die Teilnahme an der niedersächsischen Landtagswahl beschlossen. Hierzu erklärt der niedersächsische Bundestagsabgeordnete Rolf Köhne:

Die Landtagswahlen im März werden von der SPD zur Kanzlerkandidatenkür mißbraucht werden. Mit einem Kanzler Schröder wird aber der notwendige Politikwechsel in Bonn nicht eintreten. Die PDS wird sich deshalb mit ihrer bundespolitischen Kompetenz einmischen müssen, um alternative Optionen für Bonn zu eröffnen.

Auch landespolitisch ist ein Eingreifen der PDS geradezu notwendig geworden, nachdem die niedersächsischen Grünen mit der Wahl ihrer Landesliste zum Ausdruck gebracht haben, daß sie sich vom wichtigen Fragen der Asyl-, Ausländer- und Menschenrechtspolitik verabschieden wollen. Die PDS Niedersachsen wird am Samstag, den 4.10., zur Lage der Asylsuchenden und Flüchtlinge in Niedersachsen eine Konferenz in Hannover (Don-Bosco-Haus) abhalten. Das Hauptreferat wird die Landtagsabgeordnete Heidi Lippmann-Kasten halten.

Die PDS will in Niedersachsen mit einer offenen Liste antreten. Zur Wahlkonferenz Ende November werden auch zahlreiche Nichtmitglieder erwartet, die über Programm und Landesliste mitberaten.

29.9.96

Dr. Gregor Gysi:

Erklärung zur Begründung von Rolf Köhne zur Teilnahme der PDS in Niedersachsen an der Landtagswahl(...)

2. Rolf Köhne begründet die Teilnahme des Landesverbandes der PDS in Niedersachsen an der Landtagswahl in erster Linie damit, daß die SPD die Landtagswahl für die Kanzlerkandidatur mißbrauchen will, mit einem Kanzler Schröder aber kein Politikwechsel in Bonn stattfinden würde. Abgesehen von einem anderen Aspekt, auf den ich noch zurückkommen werde, scheint mir in dieser Begründung eine leider typische Selbstüberhebung zu stecken. Welche Genossin, welcher Genosse der PDS in Niedersachsen kann denn ernsthaft glauben, daß die Frage der Teilnahme der niedersächsischen PDS an der Landtagswahl auch nur den geringsten Einfluß darauf haben könnte, wen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu ihrem Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1998 bestimmt?

3. Landespolitisch wird das Eingreifen der PDS damit begründet, daß die niedersächsischen Grünen mit ihrer Wahl der Landesliste zum Ausdruck gebracht hätten, sich von wichtigen Fragen der Asyl-, Ausländer- und Menschenrechts-

politik verabschieden zu wollen. Ich finde es - gelinde gesagt - anmaßend und unhistorisch, wenn ehemalige SED- und DKP-Mitglieder ernsthaft behaupten, daß sie in eine Wahl eingreifen müßten, um Menschenrechtspolitik zu ermöglichen, die von den Grünen nicht mehr zu erwarten sei. Natürlich begrüße ich es, daß sich die PDS zu einer Menschenrechtspolitik bekennt. Aber es bleibt ja wohl auch eine Tatsache, daß wir als SED-Mitglieder Menschenrechtsverletzungen in großem Umfang mit zu verantworten haben. Und es bleibt ebenso eine Tatsache, daß die DKP solche Menschenrechtsverletzungen, wenn sie von bestimmter Seite begangen wurden, gerechtfertigt oder geleugnet, sich aber nicht mit ihnen auseinandergesetzt hat. Die Grünen haben sich in ihrer Geschichte diesbezüglich anders verhalten. Deshalb halte ich es zumindest für kühn, zur Begründung für eine Wahlteilnahme zu erklären, daß die PDS eingreifen muß, weil sie im Unterschied zu den Grünen Menschenrechtspolitik betreiben wolle.

4. Im übrigen ergibt sich aus der Erklärung nicht mehr und nicht weniger als die Tatsache, daß SPD und Grüne keine PDS-Politik machen. Das wissen wir, deshalb sind wir ja in der PDS organisiert. Für die Frage einer Wahlbeteiligung kann das aber nicht als Argument herhalten, weil es sonst nie eine andere Möglichkeit als die der Teilnahme gäbe. Es wird keine einzige Wahl geben, zu der eine andere Partei antritt, die PDS-Politik macht.

5. Am meisten erschreckt hat mich jedoch die Tatsache, daß zur Begründung einer Wahlteilnahme der niedersächsischen PDS ausschließlich das Verhalten von SPD und Grünen herhalten muß. In der Erklärung kommen weder CDU noch F.D.P. vor, auch nicht der angekündigte Wahlkampf rechtsextremistischer Parteien. Nicht unsere politischen Feinde (Rechtsextremisten) oder unsere politischen Gegner (neoliberale Parteien) sind der Grund für eine Wahlbeteiligung der PDS, sondern SPD und Grüne. Damit wird leider ein Vorurteil aus der SPD bestätigt, wonach sie nach wie vor der Hauptfeind der PDS sei. Und wenn Tritin überall behauptet, ein Wiedereinzug der PDS in den Bundestag würde einen Regierungswechsel hin zu SPD und Grünen erschweren oder unmöglich machen, dann geht Rolf Köhne noch weiter, wenn er mit seiner Presseerklärung mitteilen läßt, daß die Beteiligung der PDS in Niedersachsen sogar das Ziel habe, SPD und Grüne zu schwächen, und zwar ohne die Chance, daß diese Schwächung durch Mandate der PDS aufgefangen wird.

6. Ich will noch einmal auf das Argument in bezug auf den niedersächsischen Ministerpräsidenten Schröder zurückkommen. Durch die ersten beiden Sätze der Presseerklärung macht Rolf Köhne deutlich, daß ein Ziel der niedersächsischen

PDS darin bestünde, Herrn Schröder als Kanzlerkandidaten der SPD zu verhindern. Abgesehen von der von mir bereits dargestellten Überhebung der Bedeutung der niedersächsischen PDS geht es mir noch um eine andere Frage. Wir sind uns einig, daß die gegenwärtige Bundesregierung unbedingt abgelöst werden muß. Sollte das Ziel von Rolf Köhne aufgehen und SPD und Grüne tatsächlich geschwächt aus der Landtagswahl in Niedersachsen hervorgehen, ohne daß die PDS in den Landtag einziehen wird, dann ist nicht die Frage entscheidend, wer Kanzlerkandidat der SPD wird, sondern daß niemand in der Gesellschaft mehr glaubt, daß es zu einem Regierungswechsel im September 1998 kommen kann. Eine solche Niederlage von SPD und Grünen in Niedersachsen würde also die Koalitionsparteien der Bundesregierung stärken. Parteien mit Verliererimage werden weniger gewählt. Und hier frage ich nun, ob eine Stärkung von CDU/CSU und F.D.P. tatsächlich Wahlziel eines Landesverbandes der PDS in Niedersachsen sein darf? Ich glaube nicht. Rolf Köhne meint offenkundig ja. Hier werden völlig unterschiedliche Strategien sichtbar.

7. Ein Motiv das ich bei der Mehrheit der Delegierten der PDS Niedersachsens bei der Entscheidung zur Wahlteilnahme vermuten muß, wird von Rolf Köhne nicht genannt. Ich glaube, die Entscheidung richtet sich auch sehr absichtsvoll gegen die Mehrheitspolitik von Bundesvorstand und Bundestagsgruppe. Ich erinnere mich noch genau an den Vorwurf von ihm, daß führende Mitglieder der PDS der SPD angeblich „in den Arsch kriechen“ würden. Dafür nimmt die niedersächsische PDS in Kauf, ein schlechtes Wahlergebnis einzufahren, um Kommentare dahingehend zu ermöglichen, daß die PDS in den alten Bundesländern keine Chance habe. So etwas hat immer Wirkungen dahingehen, daß viele, die sich im Westen vielleicht schon überlegt haben, zur Bundestagswahl PDS zu wählen, davon wieder Abstand nehmen werden. Sie sind dann davon überzeugt, daß ihre Stimmen verschenkt seien, eben keinen Sinn machen würden. Auch wir können uns eben kurz vor der Bundestagswahl kein Verliererimage leisten. Aber das hätte bedeutet, auf die Gesamtinteressen der PDS Rücksicht zu nehmen. Ich muß begreifen, daß das zu viel verlangt ist.

Wir sollten abwarten, wie sich der Bundesvorstand zu der Entscheidung des Landesverbandes der PDS in Niedersachsen verhält. Unter Berücksichtigung der Argumente des Bundesvorstandes sollten wir anschließend in der Bundestagsgruppe diskutieren und entscheiden, ob wir den Landtagswahlkampf unterstützen oder nicht. Daß ich dagegen wäre, ergibt sich aus meiner Erklärung.

30.9.97

(aus Platzgründen leicht gekürzt)

Zum Streit wg. Landtagswahlen Niedersachsen

Der mit deutlicher Zweidrittel-Mehrheit gefaßte Beschluß der Landesdelegiertenkonferenz der PDS Niedersachsen vom 28.9.97 zur Teilnahme an den Landtagswahlen am 1.3.98 hat unter anderem zur Veröffentlichung zahlreicher Presseerklärungen geführt, von denen auf Seite 24 zwei dokumentiert sind. Am 22./23. November 1997 sollen auf einer weiteren Konferenz, zu der Sozialistinnen und Sozialisten außerhalb der PDS zur aktiven Mitwirkung ausdrücklich eingeladen sind, das Landeswahlprogramm diskutiert und beschlossen und die Landesliste als offene Liste aufgestellt werden.

Der PDS-Landesverband bzw. die jeweiligen Kreisverbände hatten im Herbst 1996 bei Kommunalwahlkandidaturen passable Ergebnisse erzielt, die nicht nur zu Mandaten in Oldenburg, Neuhaus, Hannover und Göttingen führten, sondern auch zu erfreulichen Ergebnissen an anderen Orten und zur intensiveren Befassung mit Kommunalpolitik insgesamt. Mit einer Resolution zum Aufbau des Landesverbandes im Februar 1997 hatte der Landesvorstand der Landesdelegiertenkonferenz als Schwerpunkt die Konsolidierung der Strukturen und Beziehungen im Landesverband (wie den Aufbau von Kreisverbänden) vorgeschlagen als eine Voraussetzung, landesweite und auf Kreisebene bezogene „Kampagnen“ überhaupt einleiten zu können und für die Wahljahre 1998/99 vorbereiten zu sein.

Im Landesverband und im Landesvorstand wurde in den vergangenen Monaten kontrovers über die Kandidatur diskutiert. In Vorbereitung der Landesdelegiertenkonferenz wurden drei Positionspapiere verfaßt: a) landesweite PDS-Kandidatur mit Landesliste; b) Kandidatur nur mit Direktkandidaten; c) Nicht-Kandidatur. Alle drei Positionen waren auch im Landesvorstand vertreten. Von allen bejaht wurde die Notwendigkeit von eigenen landespolitischen Beiträgen. Einigkeit bestand auch darin, daß ein etwaiger Beschluß eine qualifizierte Mehrheit haben muß. Unterschiedlich beurteilt wurden der Sinn einer Kandidatur zu den Landtagswahlen bei dem für Sozialisten im Westen ungelösten Problem der 5%-Klausel (sind wir grundsätzlich bei jeden Wahlen verpflichtet, alternative Wahlmöglichkeiten anzubieten? Müssen wir „Flagge zeigen“?) und die subjektiven Kräfte („landespolitische Kompetenz“). Der Verfasser dieses Beitrags befürwortete die Nicht-Kandidatur.

Bei der Beurteilung der diversen Reaktionen auf den Kandidatur-Beschluß darf die besondere politische Situation in Niedersachsen im Vorfeld der Bundestagswahlen nicht unberücksichtigt blei-

ben. Gegen das reaktionäre Programm der CDU/FDP-Bundesregierung und die Formierung des faschistischen Lagers muß eine gesellschaftliche Mobilisierung erfolgen. In Hannover allerdings rüstet sich Kohls designierter Gegenkandidat auf den Marsch nach Bonn, indem er der Landes-CDU wichtige Themen nimmt. Derjenige, den die Wähler 1990 mit einem rot-grünen Bündnis Ernst Albrechts 14jährige Landesregentschaft beenden ließen, steht seit 1994 einer SPD-Alleinregierung vor. Heute betreibt er Konzernförderung, setzt Privatisierungen durch (Harzwasserwerke an den Atomenergiekonzern Preußen Elektra, Toto-Lotto usw.), besetzt obrigkeitstaatlich innenpolitische Themen (Kampf um niedersächsische BGS-Standorte) und mobilisiert die rassistische Rechte gegen „Ausländerkriminalität“ („Wer Gastrecht mißbraucht, muß raus, und zwar schnell“). Schröder versucht, die Landtagswahl in ein Plebiszit über seine Kanzlerkandidatur umzuwandeln, Kritik an seiner Politik zu ersticken und Opposition und Widerstand unterschiedlichster gesellschaftlicher Bereiche zu lähmen.

Jeder in der PDS muß sich damit auseinandersetzen und zur Kenntnis nehmen, daß diese politische Situation der großen Mehrheit der Delegierten (38:15) über alle Strömungen hinweg ausgereicht hat, um trotz fehlender ausgearbeiteter landespolitischer Programmatik und organisatorischer Schwäche die Kandidatur zu beschließen. Es kann ja auch nicht behauptet werden, daß von den Kritikern dieses Beschlusses außerhalb des Landesverbandes alle Möglichkeiten der Beratung gesucht worden wären. Zur Landesdelegiertenkonferenz waren Parteivorstand und Wahlbüro eingeladen. Wegen terminlicher Überschneidungen war keine Anwesenheit möglich. Fünf Mitglieder des Parteivorstands nahmen vor der LDK in einem Brief gegen die Kandidatur Stellung. Die beabsichtigte Diskussion des Themas auf einer PV-Sitzung mit Mitgliedern des Landesvorstands vor der LDK wurde gestrichen.

Die Begründung der Kandidatur durch den niedersächsischen MdB Rolf Köhne ist nicht von der LDK oder vom Landesvorstand beschlossen und politisch sehr eingeschränkt, weil sie nicht berücksichtigt, daß sich die Rechte nach wie vor formiert und nach den Hamburger Wahlen erst recht im Aufwind befindet. Ihren Kanzlerkandidaten muß die SPD selber wählen, und bei den Grünen sollten wir lieber sichten, welchen ihrer Anträge im niedersächsischen Landtag wir unterstützen können (Oktober 1997: Abschiebestopp für kurdische Flüchtlinge; Aufhebung des PKK-Verbots).

Die Erklärung von Gregor Gysi, die ich

in der Beurteilung der politischen Schädlichkeit solcher Einseitigkeiten teile, setzt sich unernsthaft und pauschal mit den Motiven auseinander, die die große Mehrheit der Delegierten für eine Kandidatur stimmen ließ. Stigmatisierungen wie „absichtsvoll gegen die Mehrheitspolitik von Bundesvorstand und Bundestagsgruppe“ sind starker Tobak in einer linken pluralistischen Partei und sollten besser unterlassen werden. Sie werden nicht dem Problem gerecht, das die PDS mit einer Kanzlerkandidatur Schröders hat, wenn sie einen Beitrag für einen Politikwechsel in diesem Land leisten will.

Statt dessen ist politische Beratung vonnöten und sicherlich auch erwünscht und nützt wahrscheinlich nicht nur der niedersächsischen PDS bei ihren programmatischen Problemen, die der Kandidaturbeschluß tatsächlich nicht löst.

mio

Bundestagswahl 1998 Innenansichten des PDS-Vorwahlkampfes

Wie kommt die PDS zu den Kandidaten für die Bundestagswahlen? – In der politischen Ordnung der BRD sind einige Bestimmungen enthalten, die auf die Erfahrung der Gleichschaltung der ganzen Gesellschaft durch die Naziartei antworten. Eine solche Bestimmung ist, daß die Kandidatinnen und Kandidaten zum Bundestag entweder als Direktkandidaten von den Parteimitgliedern im Wahlkreis oder als Listenkandidaten von der Landespartei aufgestellt werden.

Die praktische Bedeutung dieser Bestimmung für das Parteileben ist groß. Sie führt zu einer wenigstens temporären Orientierung der Abgeordneten nach unten und bricht den Einfluß der Führungspersönlichkeiten der Parteien, der sonst fast unüberwindlich groß ist. Im gewöhnlichen Geschäft der Medien- und Parteiendemokratie heißen die Abgeordneten Hinterbänkler. Wollen sie ihre Anliegen publik machen, benötigen sie die Gunst der Parteigrößen. Aus Gründen der Diskursökonomie brauchen die Medien Prominente. Dazu kommt, daß eine Bundestagsfraktion oder -gruppe sich arbeitsteilig gegenüber der Regierung, der Exekutive aufstellen muß. Schon spiegelt sie sachlich eine Exekutivstruktur wider, und dadurch entsteht in den Fraktionen eine Konstellation wie vom Chef zu Angestellten. Wer in einer Firma kann ohne Wohlwollen des Managements vorwärtskommen?

Die Abgeordneten, die etwas erreichen

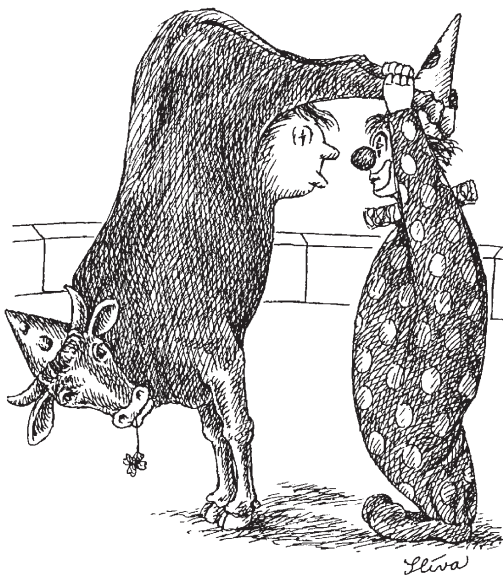


→ wollen, sind in hohem Maße auf die Gunst der Fraktionsführung angewiesen, die Parteibasis, die die Kandidaten aufgestellt hatte, kann ihren Kandidaten da nicht so recht helfen.

Die Spannung zwischen den Parteispitzen, die sich, ähnlich wie ein Management, eine schlagkräftige „Truppe“ zusammensuchen wollen, und der Parteibasis, die Repräsentanten sucht, steigt im Lauf der Legislaturperiode an. So geht es her und hin und her, bis die Zeit kommt, in der die Kandidaten neu aufgestellt werden müssen. Dann hat der Konflikt seine Bewegungsform. Da es sich bei anderen lustiger anschaut als im eigenen Haufen, ein Beispiel aus der CSU. Erst vor zwei, drei Wochen hat eine Stimmkreisversammlung der CSU in Eichenau (Bayern) den derzeitigen Landwirtschaftsminister Bocklet als Bewerber für ein (Landtags)direktmandat mit 58:96 Stimmen abtropfen lassen. Weil die CSU so viele Direktmandate kriegt, bleibt eine Absicherung über die Bezirksliste Oberbayern sehr riskant. Kommt Bocklet nicht in den Landtag, ist es auch nach einem CSU-Wahlsieg mit dem Minister eher um. Bocklet ist kein Juwel in der Krone Stoibers, wird er aus dem Führungskreis der CSU herausgerissen, wird sich die Lücke schließen. Dennoch zeigt das Beispiel, daß bei der Aufstellung von Kandidaten einige Dutzend Parteimitglieder die Macht haben, ihre abweichende Meinung zu realisieren.

Der Konflikt zwischen den Parteiführungen und der Basis ist nicht vermeidbar, allerdings aber können sich Parteien aussuchen, wie sie diese Auseinandersetzung führen. Die PDS hat in dieser Sache eine unglückliche Tradition. Bei der letzten Wahl hatte man den Einfall, „Gysis bunte Truppe“ zu präsentieren, ein weit außerhalb demokratischer Bräuche angesiedeltes Vorstellungsbild, selbst wenn man unter Truppe nicht etwas Militärisches verstehen will, sondern z.B. einen Zirkus. Dem Bild von General, Impresario, jedenfals Chef-en-Chef entspricht Heuern und Feuern, Sagen und Folgen, und dementsprechend ging es dann auch zu. Konkret brachte sich die damalige Parteiführung in die Lage, allerhand Kandidatinnen und Kandidaten Landesparteitagen zur aussichtsreichen Unterbringung auf Landeslisten zu präsentieren, ein Vorgehen, das nur gegenüber einer zutiefst verunsicherten Parteibasis möglich war und auch im Erfolgsfall einen faden Nachgeschmack hinterläßt. Trotzdem, um das Unerfreuliche auszusprechen, versucht man's jetzt schon wieder, und: das Verfahren findet immer noch Anklang, obwohl man doch inzwischen von dem Mißklang weiß, in dem es mündet. Warum bloß?

Ein von der Parteispitze ausgesuchter Kandidat repräsentiert offenbar den ausgeformten politischen Willen der Partei. Die Autorität, die die Partei auf ihre Spit-



zen überträgt, übertragen die Spitzen auf ihren Kandidatenvorschlag. Hat die vorgeschlagene gesellschaftliche Person außerdem noch eine irgendwie herausragende gesellschaftliche Geltung, läßt ihr Hinzutreten den Glanz der Partei aufleuchten, strahlt zurück auf das Parteivolk, dem nach dem Prinzip der Repräsentation die Eigenschaften jener Berühmtheit quentchenweise zufallen. Am Anfang fühlen sich der Repräsentant bewundert und die Repräsentierten gehoben, wenn der Rausch verfliegen ist, fühlen sich dieser benutzt und jene betrogen. Eine Wiederholung lockt immer weniger, nein, das allein kann es nicht sein.

In den letzten beiden Vorwahlkämpfen haben in der innerparteilichen Diskussion virtuelle Kandidatinnen und Kandidaten eine bedeutende Rolle gespielt. Was in aller Welt kann Menschen bewegen, jemanden als Parteikandidaten ins Gerede zu bringen, ohne daß die betreffende Person überhaupt danach gefragt wird, ob sie das will? In der PDS hatten wir das dauernd und penetrant. Was reizt an dem Verfahren?

Im Westen steht die PDS vor einer großen Kluft zwischen realer Parteiorganisation und Wählerfeld. Im Osten muß die PDS einen Generationswechsel vollbringen. Ganz platt: Menschen, die bisher nicht am Parteileben teilnahmen, müssen in großem Umfang hinzutreten, sonst kann die Partei nicht leben. Das Ins-Gespräch-Bringen von Personen als denkbare Parteirepräsentanten ist eine schlichte Möglichkeit, Wünsche über die Art und Richtung der Änderung der Partei zu signalisieren. Am Ende hat jeder jemanden, der ihm gefällt, und wenn ein solcher jemand auch noch anderen gefällt, ist die Verbindung da. Eine kleine Personengruppe kann auf diesem Weg aus der politischen Misere heraustreten und sich durch einen rein gedanklichen Akt mit Hunderttausenden, ja Millionen umschlingen.

Wer auf diese Weise lebendige Personen politisch funktionalisiert, sucht die

Antwort auf die reale Fülle politischer Einzelfragen im Lebensstil, wie er durch eine Person vorgeführt wird. In großen sozialen Bewegungen haben Menschen Politik nach dem Verfahren gemacht: „Wie würde X,Y,Z, jetzt hier an meiner Stelle handeln“. Man kann in der Nachfolge Christi oder unter dem Vorbild J. Stalins wirken und schöne Stunden erleben. Sobald jedoch ein gesellschaftlicher Dissens zu verarbeiten ist, wimmelt die Welt von Ketzern, Abweichlern, Agenten usw. Jetzt hilft nur noch, den gesellschaftlichen Wechselwirkungen wissenschaftlich nachzuspüren, herauszufinden, was die – oft ja völlig unbeabsichtigten – Folgen des eigenen Handelns auf andere sind, und mit Vernunftmitteln die Gegenstände klar zu machen, über die man sich vertragen oder streiten muß.

Es entsteht der Zwang, von Vorbildern abzuweichen. Dies könnte ein Vergnügen sein, aber in dem Lebensstil, den ein Mensch für sich ausprägt, spielen Orientierung auf Vorbilder und schlichte Nachahmung von Vorgefundenem eine tragende Rolle. So kommt es, daß man das Selbstbewußtsein eines Menschen kaum anders so empfindlich treffen kann als dadurch, daß man seinen Geschmack in einem öffentlichen Abstimmungsverfahren verwirft.

Wenn also A zu B sagt, es gefalle ihm für die Kandidatur ein prominentes C sehr gut, und wenn dann B dem A sagt, C säge Nerven, so ist folgendes geschehen. A hat versucht, B seinen Geschmack aufzudrängen und dabei sein Inneres nach außen gekehrt. B hat sich verhalten wie jemand, der ein Geschenk zurückweist, und A direkt gekränkt. Der Ruf von C ist geschädigt, sei es, weil von B abgelehnt, sei es, weil von A empfohlen. Der Ausgangspunkt war, daß man sich über den Einklang der Herzen freuen und sich mit aller Welt verbinden wollte, der Endpunkt ist Rufschädigung und Streit.

Ist das unvermeidlich? Nur zum Teil. Vermeidbar ist die Rufschädigung der Partei, die entsteht, wenn Leute als Kandidaten ins Gerede gebracht werden, die sich gar nicht bewerben. Vermeidbar ist auch die Illusion, in der PDS von heute könnte über Kandidaturen ein Wort von ganz oben oder auch aus halber Höhe entscheiden, erreichbar ist Klarheit, daß man sich bei den zuständigen Parteigremien bewerben muß. Am besten wäre es, die führenden Personen der Partei könnten begreifen, daß bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten das Demokratische gerade darin besteht, daß die Vielfalt der Partei sich ausdrücken kann. Die ganz überwiegend meiste Zeit müssen Wähler und Parteivolk denjenigen vertrauen, die sie aufgestellt bzw. gewählt haben. Aber bei dieser Gelegenheit muß es entgegengesetzt gehandhabt werden. Vertrauen ist hier gut, ja notwendig, jeder Versuch von Kontrolle aus Erfahrung schlecht.

maf

Gegen die vor allem von Schröder forcierte Orientierung auf eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik – so sieht der wirtschaftspolitische Leitantrag des SPD-Parteivorstandes die Verbilligung des „Faktors Arbeit“ und direkte Senkungen im Niedriglohnbereich vor – formiert sich in der SPD selbst Widerspruch. Für die nachfolgend abgedruckte Erklärung von einem Kreis mehr oder weniger prominenter SPD-Linker wird zur Zeit weitere Unterstützung gesucht.

Erklärung sozialdemokratischer WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und FunktionsträgerInnen zur Wirtschaftspolitik der SPD:

„Wir brauchen nicht nur einen Regierungswechsel – Wir brauchen einen wirtschaftspolitischen Richtungswechsel!“

In den letzten 15 Jahren haben sich die ökonomischen und sozialen Probleme in der Bundesrepublik drastisch verschärft. An Massenarbeitslosigkeit, wachsender sozialer Ungleichheit und leeren öffentlichen Kassen ist aber weder die deutsche Vereinigung noch die sogenannte Globalisierung schuld. Die Verantwortung trägt in erster Linie die jetzige konservative Bundesregierung und ihr Kanzler Helmut Kohl.

Wir setzen uns dafür ein, daß es 1998 endlich den überfälligen Regierungswechsel in Bonn gibt. Wir sind aber der Auffassung, daß dieser auch eine deutliche Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik nach sich ziehen muß. Erforderlich ist ein Konzept, das alle Anstrengungen darauf konzentriert, in der Bundesrepublik wieder Vollbeschäftigung herzustellen. Entgegen den anderslautenden Behauptungen in Teilen von Politik, Wissenschaft und Medien ist dies nur durch einen Bruch mit der neoliberalen Logik der Deregulierung und des Sozialabbaus möglich.

Die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion in der SPD läßt uns jedoch daran zweifeln, ob unsere Partei das nötige Alternativkonzept bereits entwickelt hat. Vor allem der vom Parteivorstand beschlossene Leitantrag zum Bundesparteitag in Hannover ist wirtschaftspolitisch unzureichend und enthält Forderungen, die wir für problematisch erachten.

- Wir lehnen die Vorstellungen zum Aufbau eines Niedriglohnssektors und der Heranziehung von SozialhilfeempfängerInnen zur Billiglohnarbeit ab. Es darf nicht sein, daß ein großer Teil der Menschen (vor allem Frauen) dauerhaft in unterbezahlte und gering qualifizierte Beschäftigungsverhältnisse gedrängt und zudem die Tarifpolitik der Gewerkschaften unterhöhlt wird.

- Die Forderungen nach einer anderen Steuerpolitik und einer international abgestimmten Wirtschaftspolitik dürfen nicht nur am Rande erwähnt werden, sondern sind für uns von zentraler Bedeutung.

- Die Frage der Ungleichverteilung von Reichtum und Arbeit wird ignoriert. Nur durch eine Umverteilung von Arbeit und die Stärkung der Arbeitseinkommen wird Vollbeschäftigung machbar sein.

- Die Förderung von Innovationen, von neuen Produkten und Märkten ist wichtig. Dies darf aber nicht zu ungerechtfertigter Deregulierung und unkritischer Durchsetzung von Risikotechnologien führen. Aktuell ist zu befürchten, daß ein Wirtschaftskonzept, das ausgewähltes Wachstum, qualifizierte Beschäftigung für Frauen und Männer und einen Ausbau wirtschaftlicher Demokratie realisieren will, innerparteilichen Formelkompromissen zum Opfer fällt. Die SPD läuft Gefahr, mit Positionen in den Wahlkampf zu gehen, die sich von den konservativen und wirtschaftsliberalen Konzepten nur noch in Teilbereichen unterscheiden lassen. Nicht alles, was angeblich modern ist, ist auch sinnvoll. Vor allem die Spaltung des Arbeitsmarktes in einen qualifizierten Kernbereich und einen deregulierten Billiglohnbereich können wir nicht akzeptieren.

Wir melden uns daher zu Wort als Mitglieder und FreundInnen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, nicht weil wir uns in die Personaldiskussion, sondern in die Debatte um ein zukünftiges Regierungsprogramm einmischen wollen. Wir fordern die Partei auf, in den nächsten Wochen über die Anforderungen an sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zu diskutieren und Änderungen am Leitantrag durchzusetzen. Diese Erklärung soll wachrütteln und kein umfassendes Konzept darstellen. Allerdings halten wir folgende Eckpunkte im Rah-

men einer zukunftsorientierten Vollbeschäftigungspolitik für unverzichtbar:

- Ohne eine Umverteilung der Arbeit wird Vollbeschäftigung ebenso wie eine Gleichstellung der Geschlechter Illusion bleiben. Wir brauchen eine neue Offensive der Arbeitszeitverkürzung. Nötig sind tarifliche Lösungsvorschläge, die allerdings durch staatliche Unterstützungsleistungen flankiert werden müssen.

- Zur Schaffung neuer Beschäftigung, zum Ausbau der sozialen und ökologischen Infrastruktur und zur Ankurbelung der Konjunktur halten wir eine Ausweitung der öffentlichen Ausgaben für erforderlich. Diese könnten sinnvollerweise in einem „Zukunftsinvestitionsprogramm“ über mehrere Jahre gebündelt werden. Ein großer Teil des Programms soll Arbeitsplätze in Ostdeutschland schaffen.

- Wir müssen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Neben einer Ausweitung aktiver Arbeitsmarktpolitik und gezielten Maßnahmen für Langzeitarbeitslose können in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor dauerhafte Arbeitsplätze in sinnvollen Bereichen geschaffen werden.

- Die staatlich geförderte Umverteilung von unten nach oben muß beendet werden. Sie ist ökonomisch falsch und sozial ungerecht. Eine neue Steuerpolitik muß die unteren und mittleren Einkommen entlasten und damit die Massenkaukraft stärken. Hohe Vermögen und nicht produktiv investierte Gewinne müssen stärker besteuert werden.

- An die Stellen der kontraproduktiven Auswüchse der Standortkonkurrenz muß eine Rückkehr der Politik treten. Wesentlich für eine neue sozialdemokratische Ära in Europa sollte die Durchsetzung von internationaler Kooperation in der Wirtschaftspolitik sein. Dazu gehört u.a. die Eindämmung von Spekulationsgeschäften und Kapitalflucht.

- Wir wollen Innovation und Wachstum – aber es muß sich an den Grundsätzen der Nachhaltigkeit und ökologischen Verträglichkeit orientieren. Durch gezielte Umbauprogramme z.B. für den Energie- und Verkehrssektor müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die UnterzeichnerInnen stehen für eine weitere solidarische Diskussion gerne zur Verfügung.



„Globalisierung“ und gesellschaftliche Hierarchisierung in den Metropolen

In der hiesigen Debatte über Globalisierung und deren Folgen spielt das 1996 in deutscher Übersetzung erschienene Buch des Arbeitsministers der ersten Clinton-Amtszeit kaum eine Rolle. Dabei lohnt sich das Buch. Erstens weil der Verfasser ein – wenngleich sehr verhaltener – reformerischer Kritiker von Neoliberalismus und Globalisierung ist und Gesichtspunkte zu den realwirtschaftlichen Hintergründen dieser Entwicklung zusammenträgt. Zweitens weil er die damit verbundene schroffe Polarisierung der US-Gesellschaft in (noch) Reichere und (noch) Ärmere beschreibt und damit auf den wichtigen Zusammenhang von imperialistischer Expansion und gleichzeitig verbundener Hierarchisierung in den Metropolen beschreibt. Drittens weil Reich daraus abgeleitet Argumente vorbringt, die vermutlich den Hintergrund abgeben dafür, daß Leute wie US-Präsident Clinton, der britische Premier Tony Blair und neuerdings auch hiesige Sozialdemokraten wieder die Werbetrommel für mehr Bildungs- und Forschungsausgaben rühren.

Was ist „neu“ an der „neuen Weltwirtschaft“?

Laut Reich war die US-Gesellschaft als weltweit dominierende imperialistische Gesellschaft in den 60er Jahren in eine Krise geraten. Das alte, aus den 50er Jahren bekannte System von wenigen dominanten Monopolen in fast jeder Branche, die Allianz von „Big Business“ auf der einen und „Big Labor“ (dem Gewerkschaftsbund AFL-CIO) auf der anderen Seite, die feste Sozialordnung von („white collar“) Angestellten in ihren Vorstädten und („blue collar“) Arbeitern in den anderen Vorstädten sei durch Aufholen von Konkurrenten (Japan, EU, aber auch Südkorea u.a.) in eine Krise geraten. Die mit ihrer früheren Hegemonialstellung verbundenen Monopolprofite im Innern seien den US-Konzernen weggebrochen.

Folge seien über fast 20 Jahre hinweg die verschiedensten Abwehrstrategien gewesen – von „buy american“ („kauft amerikanisch“)-Kampagnen, also Zollschutzforderungen, über „schlanke-Produktions“-Kampagnen, Neuordnung der Besitzverhältnisse durch feindliche Übernahmen und „Ausschlachten“ bis zum Aufkauf der konkurrierenden Billiganbieter durch US-Firmen und vor allem einer enormen Ausweitung des Kapitalexports. Bei der Beschreibung dieser Abwehrstrategien fehlen so wichtige Auseinandersetzungen wie der UNO-Konflikt um eine „neue Weltwirtschaftsordnung“ in den 70er Jahren, die OPEC-Krise, aber auch jeder imperialistische Gewaltakt vollständig.

Am Ende seien den US-Konzernen zwei große Umwälzungen gelungen: 1. ei-

ner Vielzahl von technologischen Umwälzungen, vor allem im Bereich der industriellen Fertigung, hier speziell im Bereich der Elektro- und Elektronik-Industrie, sowie damit eng verbunden im Warentransport und der (Geld- und Daten)-Zirkulation, und 2. ein enormer Kapital-export, der ungefähr mit dem Ende des Vietnamkrieges Mitte der 70er Jahre eingesetzt haben muß und sich anscheinend vor allem nach Südostasien, generell in Niedrigstlohngebiete der Dritten Welt mit extrem reaktionären und gewerkschaftsfeindlichen Regime richtete.

Ergebnis dieser beiden Entwicklungen sei eine enorme Umwälzung innerhalb der US-Konzerne selber. Massenhafte, standardisierte Handarbeit auf großer Stufenleiter bringe dort keine ausreichende Rendite mehr. Das „moderne Unternehmen“ sei vielmehr ein „globales Netz“ mit vielen dezentralen „High-Tech-Centern“, dicht beim „Kunden“. Nicht mehr große Stahlwerke mit vielen Tonnen Stahl brächten heute hohe Rendite, sondern Spezialstähle. Nicht mehr Hardware, sondern Software usw. Die Ausmalung dieser neuen „internationalen Arbeitsteilung“ deckt sich in vielem mit der „Systemkopf BRD“-Propaganda hierzulande.

Globalisierung und gesellschaftliche Polarisierung

Die Globalisierung, so Reich, sei mit einer extremen sozialen Polarisierung in den USA einhergegangen: 1960 habe ein US-Manager im Schnitt netto etwa 12 mal so viel verdient wie ein US-Arbeiter. Ende der 80er Jahre verdiente er netto etwa 70 mal so viel. Inzwischen verdiene in den USA das reichste Fünftel der Bevölkerung etwa die Hälfte aller Einkommen in den USA, das ärmste gerade 3,7%.

Die Polarisierung von Macht und Einkommen zwischen den imperialistischen Metropolen und dem sog. „Trikont“ geht also einher mit einer Polarisierung in den Metropolen selbst. Laut Reich ist dabei in den USA die schärfste Polarisierung zwischen den Einkommen von Leuten aus der lohnabhängigen Mittelklasse, also mit Hochschulabschluß, und solchen ohne Hochschulabschluß zu beobachten.

„Der Stern der Routinearbeiter in der Produktion ist im Sinken.“ (S. 232) Denn: „Moderne Fabriken mit dem letzten Stand der Technik entsprechenden Maschinen können fast überall auf der Welt aufgebaut werden, so daß Routinearbeiter in den Vereinigten Staaten der direkten Konkurrenz durch Millionen Routinearbeiter in anderen Ländern ausgesetzt sind. Jede Stunde wächst die Weltbevölkerung um 12.000 Menschen, von denen die meisten irgendwann glücklich sein werden, für einen Bruchteil der Löhne von Routinearbeitern in den Vereinten

Staaten deren Arbeit verrichten zu können.“ (S. 233) In der Folge sei auch der Anteil gewerkschaftlich organisierter Beschäftigter in den USA von ca. 35% (1960) auf unter 17% (1990) gesunken.

Polarisierung der Einkommen und Aufstieg der „Symbolanalytiker“

Ursache ist laut Reich die ungleiche Stellung der verschiedenen Beschäftigtengruppen auch in den USA auf dem Welt-Arbeitsmarkt. Der schroffsten Konkurrenz unterliege jede Form der standardisierten Handarbeit. Weniger der Weltmarktkonkurrenz unterlägen personenbezogene Dienstleistungen sowie der gesamte öffentliche Dienst.

Wieder stärker der Weltmarktkonkurrenz unterläge schließlich eine neu aufgestiegene Personengruppe, die Reich die sog. „Symbolanalytiker“ nennt. Dieser Personengruppe (er schätzt sie auf 20% der US-Beschäftigten) sei es gelungen, durch die Akkumulation von Wissen und Erfahrung sich eine sozial fast unangreifbare Stellung zu verschaffen. „Symbolanalytiker“ ist für ihn dabei ein Sammelbegriff, den er für die lohnabhängige Mittelklasse mit Hochschulabschluß verwendet. Manager, Architekten, Designer, Filmproduzenten, Juristen, Börsenmakler, Programmierer, Journalisten, Werbefachleute, Ingenieure usw. – also alle leitende, disponierende, die Produktion organisierende und befehlende Kopfarbeit im Dienste des großen Kapitals und der Konzerne fällt für ihn darunter.

Der soziale Aufstieg dieser Leute sei ein weltweit zu beobachtendes und mit der „Globalisierung“ untrennbar verbundenes Phänomen. „Die große Mehrheit ist männlich und weiß, doch der Frauenanteil wächst zusehends, und auch eine kleine, langsam wachsende Minderheit von Schwarzen und Hispanics befindet sich unter ihnen.“

Symbolanalytiker und Zerfall der Gesellschaft

Im Schlußteil widmet sich Reich dann den Gefahren des Auseinanderbrechens der US-Gesellschaft im Gefolge dieser Entwicklungen. Die „Symbolanalytiker“ hätten ihre eigenen Wohngebiete, ihre eigenen Kindergärten, ihre eigenen Schulen, ihre eigenen Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Versicherungen, Ärzte, Kliniken, Universitäten, Vereine, Urlaubsgebiete, Polizei usw.

Am offenkundigsten sei diese Gefahr erkennbar am Steuersystem. Anfang des Jahrhunderts habe es in den USA noch einen gesellschaftlichen Konsens gegeben, daß reiche Leute mehr Steuern als arme Leute zahlen müßten. Progressive Einkommenssteuer und Erbschaftsteuer sei die Folge gewesen, in den USA habe der Spitzensteuersatz der Einkommen-

menssteuer bei 83% gelegen. Heute seien solche sozialen Normen „mega-out“. Reiche und besserverdienende Leute würden kaum bis gar keine Steuern zahlen und fänden das auch ganz in Ordnung und angemessen. Unter Reagan und Bush sei der US-„Spitzensteuersatz“ auf 25 bis 30% gesenkt worden, während zugleich Steuern und Abgaben für arme Leute extrem gesteigert wurden. Damit aber drohe ein Auseinanderbrechen der US-Gesellschaft, der „nationale Konsens“ drohe zu verschwinden.

Dagegen fallen ihm nur zwei Argumente ein, wobei das zweite direkt zu den „Bildungsreformen“ eines Clinton, Blair usw. überleitet:

1. „Nicht zu unterschätzen ist dabei die Unmöglichkeit, daß Symbol-Analytiker sich, ihre Familien und ihr Eigentum auf Dauer gegen Raubzüge und Plünderungen durch die große, verzweifelte Bevölkerungsmehrheit schützen können.“ (S. 339) Wenn es hart auf hart kommt, große Klassenkämpfe ausbrechen oder Kriege nötig werden, brauchen die Reichen eben doch ihren Staat, ihren „nationalen Konsens“. Irgendwelche Korrektur der Reagan'schen „Steuerreformen“ freilich folgt bei Reich daraus keineswegs.

2. Nötig sei ein „positiver Wirtschafts-nationalismus“, bei dem jede Nation bestrebt sein müsse, ihr „Kapital“, nämlich ihre Arbeitskräfte, möglichst optimal für den weltweiten Wettbewerb auszubilden, zu qualifizieren. Mit solchen Programmen ließe sich der „nationale Konsens“ in Metropolen wie den USA wieder verbessern.

Bei Clinton/Gore hieß das im letzten Wahlkampf Aufbau von „Datenhighways“ und: jeder Schüler müsse einen PC handhaben und im Internet surfen können. Bei Lafontaine/Schröder heißt das, wenn die SPD an die Regierung komme, werde sie die Bildungs- und Forschungsausgaben des Bundes verdoppeln.

In den angelsächsischen Ländern haben solche Parolen Zugkraft gehabt, vermutlich weil sich Teile der armen Bevölkerung davon eine Erleichterung der eigenen Lage auf dem Arbeitsmarkt erhoffen. Für die Länder der Trikont, dort, wo die „billige Handarbeit“ auch weiter die Massenprodukte für die Metropolen liefern soll, bedeuten solche Parolen dagegen die Ankündigung, daß auch „Reformer“ vom Schlage eines Robert Reich ihre blutige Ausbeutung, Ausplünderung und Unterwerfung unverändert fortsetzen wollen.

Daß die Arbeiterbewegung in den imperialistischen Metropolen mit der „Handarbeit“ in den Ländern des Trikonts das gewerkschaftliche und politische Bündnis suchen sollte, kommt einem Professor Reich überhaupt nicht in den Kopf. rül

Robert Reich, Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie. Fischer Taschenbuch Verlag, 1996, 415 Seiten, 19,90 DM.

Wal Buchenberg, Kurze Geschichte der Sowjetwirtschaft, Zur politischen Ökonomie der Sowjetunion.

Erschienen im GNN-Verlag Schleswig-Holstein / Hamburg

Broschüre A5, 62 Seiten, Preis: 7.– (ermäßigter Preis und Preis für Wiederverkäufer: 4,20 DM) + Versand. Zusendung gegen Rechnung oder gegen Briefmarken (9.– bzw. 6,20 DM).

Bestellungen an: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. (0 40) 38 13 93, Fax (0 40) 3 89 83 31

Leseempfehlung

Kurze Geschichte der Sowjetwirtschaft

Wal Buchenbergs „Kurze Geschichte der Sowjetwirtschaft“ zu lesen, lohnt sich. Der Versuch der Bolschewiki, gesellschaftliche Arbeitsteilung politischen Gesichtspunkten zu unterstellen, war ein epochaler Schritt in der Geschichte des Wirtschaftens. Wal Buchenberg ist es gelungen, den Ablauf dieses geschichtlichen Prozesses in äußerst straffer Form (62 Seiten A5) zu fassen. Die Broschüre ist ein guter Einstieg in die reichhaltige, wenn auch zerlesene und verstreute Literatur über das Wirtschaften in der Sowjetunion. Sie ist anschaulich, wo sie Zusammenhänge zwischen dem Wirtschaftsgeschehen und der politischen Willensbildung nachzeichnet. Etwas sperriger ist die Darstellung, wo sie versucht, das politisch-ökonomische Geschehen in der Planwirtschaft zu schematisieren.

Auf alle Fälle hat der Autor einen Ausgangspunkt für eine weitere Diskussion einleuchtend begründet. Das System der „Direktive“, das ist eine formalisierte

Anweisung politisch legitimer Stellen auf Güter bzw. der Verwendung, muß wohl als eine Erscheinungsform des Werts gefaßt werden, als eine Methode, Güter in Waren zu verwandeln.

Die Sowjetunion ist zerfallen. Lohnt es den Aufwand, den Geist des realen Sozialismus heraufzubeschwören, um ihn studieren zu können? Es lohnt sich nicht nur, es ist unausweichlich. Sozialistische Politik heute hat die größten Schwierigkeiten darzulegen, wie der politische Wille, der sich in einer Gesellschaft bildet, ins Wirtschaftsgeschehen sich umsetzen soll. Wer eine Lösung wie „Sozial und solidarisch“ aufstellt, stellt eine politische Absicht gegen den naturhaften Lauf des Kapitalverkehrs, und leicht kann es geschehen, daß guter (oder böser) Wille an ökonomischen Gesetzen sich bricht oder dorthin führt, wohin man nicht wollte.

Die Auseinandersetzung mit der Sowjetwirtschaft bietet reiches Anschauungsmaterial, die kurze Broschüre einen guten Einstieg. maf

INHALT

0 Das Unvermeidliche verstehen

I. Kreislauf des Geldkapitals oder Zyklus von Planziffern

1. Trennung von Arbeitskraft und Produktionsmitteln 7
 - 1.1 Arbeitskraft als Ware oder als Produktionsmittel
 - 1.2 Direktiven vermitteln sowjetische Produktionsmittel
2. Kapitalistischer und sowjetischer Produktionsprozeß
 - 2.1 Rationelle kapitalistische Betriebsorganisation
 - 2.2 Störungen des Sowjetbetriebes
 - 2.2.1 Störungen aus der Zulieferung (Zirkulation)
 - 2.2.2 Störungen durch bürokratische Eingriffe
3. Rückkehr des Produkts auf den Markt oder Eingang in die Statistik
 - 3.1 Kapitalistische Rückverwandlung von Ware in Geld
 - 3.2 Ein sowjetisches Produkt wird Ware oder statistische Ziffer
 - 3.2.1 Ein Produkt wird Ware (W' - G')
 - 3.2.2 Ein Produkt wird statistische Ziffer
 - 3.2.3 Direktivpreise und ihre Störungen
4. Gesamtkreislauf der Produktion 26
 - 4.1 Produktion zur Vermehrung von Kapital
 - 4.2 Produktion für die Statistik
 - 4.3 Produktion für den Bedarf?

- 4.3.1 Kapitalistischer Ausgleich von Angebot und Nachfrage
- 4.3.2 Diktierter oder erlaubter Bedarf der Sowjetwirtschaft

II. Reproduktion der Produktion

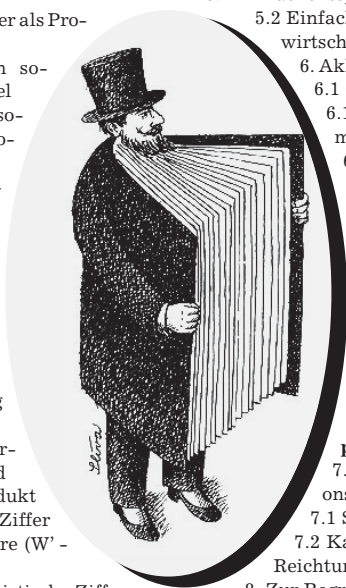
5. Einfache Reproduktion (P ... P)
 - 5.1 Einfache Reproduktion im Kapitalismus
 - 5.2 Einfache Reproduktion in der Sowjetwirtschaft
6. Akkumulation (P ... P')
 - 6.1 Geldakkumulation
 - 6.1.1 Kapitalistische Geldakkumulation
 - 6.1.2 Sowjetische Geldakkumulation
 - 6.2 Kapitalistische Warenakkumulation
 - 6.3 Sowjetische Akkumulation von Produktionsmitteln
 - 6.3.1 Extensives und intensives Wachstum
 - 6.3.2 Produktionsmittel und Konsumtionsmittel

III. Der Kreislauf von Warenkapital und Produkt (W' - W')

7. Warenreichtum oder Produktionsmittelreichtum
 - 7.1 Sowjetische Landwirtschaft
 - 7.2 Kapitalistischer und sowjetischer Reichtum
8. Zur Begriffsbildung
9. Schluß

Literaturangaben

Anhang: Marx und Engels zu Planwirtschaft und Sozialismus





Dringender Appell für die bedingungs- lose Freilassung der Gefangenen aus der Rote Armee Fraktion (RAF)

Nahezu alle Gefangenen aus der RAF sind inzwischen mehr als 10, 15 und 20 Jahre inhaftiert. Alle sind in dieser Zeit den verschiedensten Formen von Sonderhaft ausgesetzt worden. Alle haben Jahre strengster Isolationshaft hinter sich, eine Form der Haft, die international als Folter geächtet ist, weil sie die physische und psychische Integrität der Gefangenen zerstört. Immer wieder haben die Gefangenen gegen diese Bedingungen gekämpft. Nach all dieser Zeit gibt es nur noch eins - sie müssen endlich raus, um überhaupt eine Lebensperspektive zu haben. Allein die schweren gesundheitlichen Schädigungen durch diese Haft machen das zwingend. Es muß Schluß sein mit der Quälerei in den Gefängnissen. Die Gefangenen sind Teil eines weltweiten Aufbruchs für ein menschenwürdiges Leben, für Gesellschaften auf der Basis von Gerechtigkeit und Solidarität. Auch dieser Staat hat kein Recht, seine politischen Gegner in Gefangenschaft zu vernichten. Freiheit für die Gefangenen aus der RAF!

ErstunterzeichnerInnen: Berlin: Prof. Dr. Jürgen Kuczynski (verst. 6.8.97); Dr. Gerhard Branstner, Schriftsteller; Georgia Peet, Wolfgang Szepepansky, Überlebende der KZ Ravensbrück und Sachsenhausen; Ellen Brombacher, Basissprecherin PDS + Sprecherin der KPF; Sportvereinigung Dynamo. Buenos Aires: Marta Badillo, Hebe de Bonafini, „Mütter der Plaza de Mayo“; Dr. Sergio Schoklender, Rechtsanwalt; José M. Rodriguez, Buchhändler. Lucia Cerpa, Angehörige der politischen Gefangenen in Peru, Schwester des bei der Stürmung der japanischen Botschaft in Lima ermordeten MRTA-Commandante Nestor Cerpa. Katalonien: Coordinadora contra abuso de poder (Koordination gegen Machtmißbrauch); Coordinadora d'osone contra la tortura (Koordination gegen Folter); Francesco Arnau, Jaume Llodia, Ignasi Colbi, Rechtsanwälte. Euskadi: Gestoras pro Amnistia. Istanbul: TIYAD (Verein der Angehörigen der politischen Gefangenen und Verschwundenen); Devrimci Genclik (Revolutionäre Jugend); Redaktion „Kurtulus“; Idil Kültür Merkezi (Kulturzentrum). APAPC (Vereinigung der Angehörigen und Freunde der kommunistischen Gefangenen) Brüssel. Heidi Lippmann-Kasten, MdL (B90/Grüne), Vors. „Prison Watch International“. Daniel Delabria, Lille. Peter Gingold, VVN/BdA. Gertrud Müller, Vors. Lagerkomitee KZ Ravensbrück. Hans u. Tosca Lebrecht, Tel Aviv, ‚Verb. d. Antifaschisten u. Opfer des Nazismus in Israel‘, Vizepräs. ‚Internationale Föderative der Widerstandskämpfer - F.I.R.‘ (unterstützen aus humanitären Gründen). Pavel Mikulastik, Theaterdirektor, Freiburg. Ulla Jelpke, MdB-PDS. Wolfgang Grell, Pfarrer, Latendorf; Otfried Halver, Pfarrer i.R., Hamburg. Hans Branscheid, ‚Medico International‘. Bremen: Cornelius Hertz, Galerist; Dr. Christoph Spehr, Historiker; Ludwig Baumann, Wehrmachtsdeserteur, Träger d. Aachener Friedenspreises. Rainer Kröhnert, Kabarettist. Franz-Josef Degenhardt, Liedermacher. Dr. Stephen Summers, Regisseur u. Musiker, USA. Mitarbeiter von AL HADAF (Zeitschrift der Volksfront zur Befreiung Palästinas, PFLP), Damaskus. Dr. Karam Khella, Publizist, Hamburg. Veyssel Akay, Vor. ‚Verein der Juristen aus Kurdistan‘ (YHK). Freies Frauenbüro Kurdistan, Köln. Democratic Palestine, Magazine Palästina. AG ‚Cuba si‘ der PDS. Torsten Bultmann, Gesch.führer ‚Bund demokratischer Wissenschaftler. Verband der Studenten in Kurdistan (YXK), Köln. Informationszentrum für freie Völker, Köln. 145 TeilnehmerInnen der Internationalen Che-Guevara-Konferenz, die am 27./28. September 1997 in der Humboldt-Universität Berlin stattfand. Julio Marenales, Mitglied der Direktion MLN Tupamaro, Uruguay. Martha Duran, Journalistin und Soziologin, Mexiko. Emil Carlebach unterstützt die Forderung mit einer eigenen Erklärung. (Stand: 1.10.97)

Ich/Wir unterstützen auch den Appell	Name	Bitte ausschneiden und zurück an:
	Adresse	„Freiheit jetzt“, c/o Schanzenblitz, Bartelsstraße 21, 20357 Hamburg
	Beruf/Org.	
	Unterschrift	Fax (0 40) 4 30 41 57

25. Oktober: Vorbereitungstreffen der AG Philosophie der Winterschule Schnepfenthal. 12.00 Uhr, Palmaille 24, **Hamburg**. Anmeldung bitte bei GNN Hamburg, Tel.: (0 40) 38 13 93

24.-26. Okt.: 6. Bildungspolitische Konferenz der PDS: Jugend zwischen Bildung, Staat und Visionen. **Potsdam**, Gesamtschule 21/31, Kopernikusstr. 30 / Ecke Stephensonstr. Anmeldung bei: PDS / AG Bildungspolitik, PF 100, 10122 Berlin, Ansprechpartner für inhaltliche und organisatorische Fragen: Gerd Buddin, PDS-Parteivorstand, Tel. (0 30) 24 00 95 62, Fax (0 30) 2 41 10 46

26.10.-1.Nov.: Gewerkschaftskongreß der Postgewerkschaft in **Bremen**

21./22. Nov.: Laut Aufruf des „Kasseler Friedensforums“ sollen wg. der erwarteten Schlußabstimmung zum „Eurofighter“ bundesweit Infostände u.ä. stattfinden.

21./22. Nov.: Beschäftigungsgipfel in **Luxemburg**. Der hessische DGB hat den EGB aufgefordert, dazu eine europaweite Demonstration zu organisieren, die Bundeskoordination Euromarsch unterstützt diese Initiative.

21.-22. Nov.: CSU-Parteitag in **München**.

22.-23. Nov.: Tagung und Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal) e.V. in **München** (Hotel Sol Inn, Nähe Hbf). Infos bei: BAG Kritische PolizistInnen, c/o Reinhard Borchers, Bachstr. 96d, 22083 Hamburg

2. bis 4. Dez. SPD-Parteitag in **Hannover**.

5. und 6. Dez.: Europaweite Aktionen gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung

6. und 7. Dez.: Bundesweiter friedenspolitischer Ratschlag der „Friedensbewegung“ in Kassel.

13./14. Dezember: Bundesweite Konferenz der Euromarsch-Unterstützerinnen und Unterstützer

3.-6.1.1998: Linke Schule in Thüringen. Die Winterschule findet diesmal von Samstag bis Dienstag statt, Ort entweder Schnepfenthal oder Tambach-Dietharz.

1. März 1998: Landtagswahlen in **Nds.**

26. April 1998: Landtagswahlen in **Sachsen-Anhalt**

8.-12. Juni 1998: 16. o. Bundeskongreß des DGB in Düsseldorf

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“.

Regionales West und Ost wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart